

LANDES  
INFO

Mitgliedermagazin  
Nr. 2, August, 2022

**DIE LINKE.**  
BADEN-WÜRTTEMBERG



**Schluss  
mit teuer!  
LINKE Lösungen**

**Schwerpunkt: Seiten 4-7**

## Inhaltsverzeichnis

### Wohnungspolitik

#### Seite 3

MIETEN Runter. Unsere landeseigene Kampagne nimmt Fahrt auf  
Bericht vom Housing Action Day am 26. März

#### Schwerpunkt: Armut, Inflation, Krise

#### Seite 4

Baden-Württemberg – ein Land für alle?  
Fünf Punkte gegen die drohende Gaskrise und drastisch steigende Preise

#### Seite 5

Bankrotterklärung der Bundesregierung

#### Seite 6

Ungerecht  
Das LINKE Entlastungspaket

#### Seite 7

Lohnsteigerungen gegen die Kostenkrise

### Beschäftigungspolitik

#### Seite 8

Erfolg: Lohnzulage am Klinikum Stuttgart!

#### Seite 9

Rekommunalisierung der Reinigungsdienste  
Gute Bildung braucht Fachkräfte

### Kommunalpolitik

#### Seite 10

Dienstleistungsgewerkschaft ver.di schreibt Kommunen an  
Absurdität des freien Marktes – Curevac verklagt Biontech

#### Seite 11

Kommunalwahlen 2024

### Klima

#### Seite 12

Aktionsfenster Mobilität

Energiekrise

#### Seite 13

„Spurwechsel“

### Aktionsposter

#### Seite 14-15

#### Seite 16

Einsteigen, Umsteigen, Aufsteigen

### Antidiskriminierung

#### Seite 17

Für ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch kämpfen!

## Editorial

# Liebe Genoss:innen

Wir dürfen euch mit einem neuen Layout, aber auch einer neuen Redaktionsstruktur begrüßen. Auch das alte Redaktionsteam ist weiterhin für das Landesinfo aktiv, wir haben uns aber mit neuen und engagierten Genoss:innen Verstärkung geholt. Zukünftig möchten wir die Arbeit nicht nur auf mehr Schultern verteilen, sondern darüber auch mehr Mitwirkung von vor Ort ermöglichen und die Qualität des Landesinfos steigern. Neben zahlreichen neuen Gestaltungselementen erwartet euch auch eine insgesamt offener Gestaltung des Mitgliedermagazins, von nun an, in jeder Ausgabe ein Aktionsposter, das ihr heraustrennen und für Aktionen, Veranstaltungen und Demonstrationen verwenden könnt, sowie ein Colour-Coding System, das für mehr Übersicht und eine abwechslungsreiche Gestaltung sorgt. Darüber hinaus sollte so auch wieder ein regelmäßiges, viermaliges Erscheinen des Landesinfos im Jahr gewährleistet sein. Mit der Zeit möchten wir als Redaktionsteam aber auch den Landesverband im Ganzen und die Kreisverbände vor Ort unterstützen können.

Wir hoffen euch gefällt diese Ausgabe. Ihr könnt uns gerne Rückmeldung, Anregungen, Kritik und Lob geben, aber auch mitteilen, wenn ihr ebenfalls gerne im Redaktionsteam mitarbeiten möchtet, Vorschläge habt oder Beiträge einreichen möchtet. Schreibt uns dafür einfach an [info@die-linke-bw.de](mailto:info@die-linke-bw.de)

In Zukunft wird euch an dieser Stelle des Magazins übrigens immer ein Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes im Wechsel begrüßen.

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist die neue Armutsproblematik, die sich bedingt durch unser Wirtschaftssystem schon länger abgezeichnet hat, durch die Corona-Krise und den russischen Überfall auf die Ukraine, mit all seinen Folgen, aber massiv verschärft wurde. Wir wollen linke, solidarische Antworten auf diese Krise aber auch die sozialen und ökologischen Probleme unsere Zeit geben. Neben lokalen und landesweiten Beiträgen zur Beschäftigungspolitik und zum facettenreichen Thema Antidiskriminierung findet ihr darüber hinaus auch viele Beiträge zur Klimapolitik, zur Wohnungskrise in Baden-Württemberg und zu internationalen Entwicklungen. Selbstverständlich spielt auch der vergangene Bundesparteitag eine gewichtige Rolle ergänzt von Entwicklungen in unserem eigenen Landesverband.

*Euer Redaktionsteam*

#### Seite 18

Die Landes-AG Polizei und Sicherheitsbehörden  
DIE LINKE: für ein Antidiskriminierungsgesetz in Baden-Württemberg

### Internationales

#### Seite 18

Das Bündnis „Nouvelle Union Populaire Écologique et Sociale“ und der (Wieder-)aufstieg der französischen Linken

#### Seite 19

Kolumbien: Hoffnung auf Frieden und soziale Gerechtigkeit

#### Seite 20

LINKE bei der HDP

### Aus der Partei

#### Seite 21

Bundesparteitag: Wichtige Signale aus Erfurt

#### Seite 22

„Wir müssen der Bundesregierung einen heißen Herbst bereiten“

#### Seite 23

Landesausschuss tagte in Karlsruhe  
Awareness-Team in Aufbau

#### Seite 24

DOKUMENTIERT: Leitantrag – Kriege und Aufrüstung stoppen.

### Impressum:

**Bezug:** Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint mehrmals im Jahr. Der Bezug des Landesinfos ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber, Redaktion und Verlag:** DIE LINKE. Baden-Württemberg, Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart, Tel: 0711/241045, [info@die-linke-bw.de](mailto:info@die-linke-bw.de)

**Redaktion:** Walter Kubach, David Schecher, Bernhard Strasdeit, Claudia Haydt (verantwortlich), Lisa Neher., Enes Muric, Sander Frank  
Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, Leser:innenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.  
**Druck:** VisitYou.de, Stuttgart

**Spendenkonto** DIE LINKE BaWü  
Postbank Stuttgart; BIC: PBNKDEFF  
**IBAN: DE58 6001 0070 0289 5827 00**  
Bei Spenden bitte Absendeadresse angeben.

## MIETEN RUNTER. Unsere landeseigene Kampagne nimmt Fahrt auf

Im März war der Auftakt unserer ersten landesweiten Kampagne MIETEN RUNTER. Am 16. März sind wir vor den Landtag gezogen, um mit unserer Kampagne das Thema bezahlbaren Wohnraum in Baden-Württemberg wieder ganz oben auf die politische Agenda zu setzen. Um den Housing Action Day, dem 26. März, waren wir mit über 16 Aktionen, Infoständen und Kundgebungen in 12 Kreisverbänden für eine linke Wohnungspolitik auf der Straße. Gründe dafür gibt es genug!

In Baden-Württemberg liegen 15 der 30 teuersten Städte Deutschlands. Die Antworten der Landes- und Bundesregierung auf dieses Problem sind nahezu wirkungslos. Die bundesweite Mietpreisbremse konnte nicht mal den Anstieg der Mieten abbremsen: Seit ihrer Einführung sind die Mietpreise weiter gestiegen. In Baden-Württemberg haben wir einen Anstieg zwischen 2015 und 2019 um knapp 23 Prozent. **Wir fordern daher einen bundesweiten Mietendeckel mit Mietobergrenzen. Das ist ein effektives Mittel, um überhöhte Mieten abzusenken.**

Auch die Landespolitik hätte Spielräume, die sie aber nicht nutzt. Die Zahl der Sozialwohnungen im Land ist seit 2002 um 63 Prozent zurückgegangen, da geförderter Wohnraum nach einigen Jahren aus der Sozialbindung herausfällt. Wohnungen, die einst vom Staat subventioniert wurden, können nach Ablauf dieser Frist teuer weitervermietet werden: Jeden Tag verschwinden damit mehr Sozialwohnungen als neue entstehen. Zwar hat die Landesregierung in diesem Jahr erstmals darauf reagiert und die Dauer der Sozialbindung angehoben. Sie setzt aber weiterhin auf private und profitorientierte Investoren, anstatt landeseigene und kommunale Wohnungen zu schaffen. **Wir fordern eine neue Wohngemeinnützigkeit und eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, die die Kommunen beim Bau von Wohnungen in öffentlicher Hand unterstützt.**

Teure Mieten und immer weiter steigende Nebenkosten sind aber nicht nur Zahlen und Statistiken, sondern ein handfestes Problem für Millionen von Menschen. Unsere Kampagne will diesen Menschen ein Gesicht und eine Stimme geben. Unser



Botschafter\*innen sprechen dabei die Sorgen vieler Menschen aus. Aynur Karlikli, ein Gesicht der Kampagne, berichtet davon, wie schwer es als Frau mit Migrationshintergrund ist, überhaupt eine Wohnung zu finden: „Der Wohnungsmarkt ist von Rassismus geprägt. Wer sich mit einem ausländisch klingenden Namen auf eine Wohnung bewirbt, bekommt häufig nicht mal eine Antwort. Es darf nicht sein, dass im Jahr 2022 immer noch so viele Migrant\*innen sagen: Ich finde einfach keine Wohnung“

Auch Ellen Müller und Anna Jahn sprechen für die Kampagne. Wie viele Rentner\*innen hat auch Ellen Müller Angst aus dem Viertel, in dem sie wohnt, verdrängt zu werden. Mit ihrer kleinen Rente kann sie sich steigende Mieten nicht leisten. Auch die gelernte Industriemechanikerin Anna Jahn hat Angst vor einer Mieterhöhung. „Ich kann mir keine Mieterhöhung leisten,“ ist ein Satz, der bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Und

wer erst keine Wohnung hat, wartet verzweifelt auf die versprochenen Sozialwohnungen, wie Lukas Essig, der ebenfalls für die Kampagne spricht. Wohnungslosigkeit trifft viele Menschen unerwartet. **Wir fordern daher: Housing First – wer in Not geraten ist, braucht schnelle und unkomplizierte Hilfen und zuerst ein Dach über dem Kopf!**

Im nächsten Jahr werden wir einen Volksantrag an den Landtag richten:

**Wir fordern mehr soziale und barrierefreie Wohnungen, klimagerecht und in öffentlicher Hand. Privatisierung von kommunalem und landeseigenem Wohnraum, sowie von Grund und Boden muss verhindert und Leerstand bekämpft werden.** Im November werden wir auf einer landesweiten Wohnkonferenz den Antragstext für den Volksantrag verabschieden. Zur Vorbereitung des Volksantrags, zur Vernetzung der Kreisverbände und Stärkung regionaler Kampagnenschwerpunkte finden regelmäßige Online-Treffen des Kampagnenrats statt. Alle Interessierten sind dabei herzlich willkommen! Wer noch keine Einladung und die Infomail der Kampagne noch nicht erhält, kann sich gerne melden unter: [mietenaufbruch@linke-bw.de](mailto:mietenaufbruch@linke-bw.de).

**Landesvorstand**

## Bericht vom Housing Action Day am 26. März

Zum Housing Action Day, dem Start unserer Kampagne MIETEN RUNTER, haben wir in Freiburg eine Kundgebung mit dem Miethai und eine Filmvorführung organisiert. Mit der Kundgebung wollten wir die Kampagne in die Stadt tragen und sichtbar sein. In Form von Redebeiträgen haben wir die Schwerpunkte unserer Kampagne vorgestellt. Die Interaktionsmöglichkeiten haben immer wieder Menschen angezogen und wir konnten Gespräche führen.

Da wir, gerade am Anfang der Kampagne, auch sehr stark nach innen mobilisieren müssen, haben wir am Abend gemeinsam den Dokumentarfilm *Start Wearing Purple* über die Kampagne „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ (DWE) angeschaut. Der Film sollte uns eine Vorstellung geben, wie die Arbeit einer Kampagne abläuft und Motivation auslösen, eine ähnliche Kampagne in der eigenen Stadt/Land zu starten. Allerdings haben wir durch das best practice Beispiel aus Berlin gemerkt, dass wir noch einiges an Arbeit vor uns haben und dass der Start unserer Kampagne nicht optimal gelaufen ist.

Wir sind weiter an dem Thema drangeblieben und haben

auf der Frühjahresspraxisakademie Südbaden den Schwerpunkt Wohnen gesetzt. Franziska Stier hat mit uns einen Kampagnenworkshop gestaltet. Wir haben herausgefunden, wie unterschiedlich die Definitionen von Kampagnen sein können und was DWE erfolgreich gemacht hat. Für DWE ist die Kampagne „ein öffentlich ausgetragener Streit über einen begrenzten Zeitraum“, das heißt, die Öffentlichkeit ist der Ort, an dem der Konflikt ausgetragen wird. Bei einem Streit steht am Ende eine Lösung – sonst ist er nicht zu Ende. Das liefert eine sehr klare Zielvorgabe, nach der sich alle richten können und die motivierend nach innen und außen wirkt.

Im Kreisverband haben wir uns daher darauf verständigt, dass es notwendig ist, über unseren Kampagnenbegriff inhaltliche Diskurse zu führen, den Kontakt zu lokalen Bündnissen und Initiativen auszubauen und die lokalen Konflikte kennenzulernen. Daraus, so unsere Hoffnung, ergeben sich Sprungbrettkämpfe und eine Bewegung, die realistisch für eine radikale Idee kämpft.

**Gabriel Kotzur, Kreissprecher KV Freiburg**

# Armut, Inflation

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist die Energiekrise. Sie heute bereits ein Fünftel der Bevölkerung mit der drohenden Energiekrise unzufrieden droht. Es ist Zeit für LINKE!

## Baden-Württemberg – ein Land für alle?

Wir leben in einem reichen Land, doch das gilt nicht für alle Menschen gleichermaßen. Während es vielen sehr gut geht in Baden-Württemberg und einige schon nicht mehr wissen, wofür sie ihr Geld eigentlich noch ausgeben sollen, hangeln sich andere von Monat zu Monat. Alleinerziehende trifft es besonders, knapp die Hälfte von ihnen ist armutsgefährdet. Kinder trifft es ebenfalls sehr hart, rund einem Fünftel von ihnen wird die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe verwehrt. Die Armutsquote ist auf dem höchsten Stand seit zehn Jahren.

Gleichzeitig schießen die Mieten durch die Decke. Allein zwischen 2015 und 2019 sind die Mieten im Land trotz Mietpreisbremse um durchschnittlich 23% gestiegen. Nun kommen horrenden Lebensmittelpreise und steigende Energiekosten dazu. Viele bangen der Jahresendabrechnung entgegen. Doch statt Armut endlich konsequent anzugehen setzt die grün-schwarze Landesregierung lieber auf die schwarze Null. Statt den Nahverkehr endlich ausbauen und barrierefrei zu machen, fordert sie lieber zu viel gezahlte Mittel von Hartz IV Beziehenden zurück, die das Glück haben vom 9 Euro Ticket zu profitieren.

Die Prioritäten dieser Landesregierung sind klar. Es sind eben nicht die Menschen im Niedriglohn, Menschen im SGB II und XII, Familien mit kleinen Einkommen - es sind die Familienunternehmen und Konzerne, denen Ministerpräsident Kretschmann zuerst sein Gehör schenkt. Wie viel mehr Gestaltungsspielraum hätte diese Landesregierung, wenn sich Kretschmann vor einigen Jahren nicht so energisch gegen eine sozialere Erbschaftssteuer eingesetzt hätte? Die Erbschaftssteuer ist eine Ländersteuer, Baden-Württemberg hätte sich über deutliche Mehreinnahmen freuen können.

Doch statt Bus und Bahn auszubauen, statt in die soziale Infrastruktur zu investieren und den Ausbau der Erneuerbaren Energien wirklich voran zu bringen, werden Krankenhäuser kaputt gespart und nicht genug Lehrkräfte eingestellt. Dabei hat uns die Corona-Pandemie doch deutlich vor Augen geführt, dass wir in Bildung und Gesundheit mehr investieren müssen.

Die Situation spitzt sich zu für all diejenigen, die keine hohen Einkommen haben. Es braucht endlich einen sozialen Politikwechsel. Wir müssen Menschen mit geringen Einkommen jetzt entlasten. Es kann doch nicht sein, dass eine Mutter unter der Aktion #IchBinArmutsbetroffen berichtet, dass

sie wegen steigender Preise auf Obst verzichten! Die grün-schwarze Landesregierung muss jetzt handeln: dauerhaft günstige Preise im Nahverkehr, gebührenfreie Kitas, einen Mindestlohn von 13,50 Euro bei öffentlichen Aufträgen und eine konsequente Wohnungspolitik für mehr sozialen Wohnraum. Die Mieten müssen wieder sinken. Die Kommunen müssen vom Land endlich bedarfsgerecht unterstützt werden. Und es braucht Entlastungen bei den Energiekosten, die Jahresendabrechnung darf nicht zu Verschuldung führen.

**„Die Prioritäten dieser Landesregierung sind klar. Es sind eben nicht die Menschen im Niedriglohn, Menschen im SGB II und XII, Familien mit kleinen Einkommen - es sind die Familienunternehmen und Konzerne, denen Ministerpräsident Kretschmann zuerst sein Gehör schenkt.“**

stehen wir gemeinsam auf der Straße. Wir werden nicht hinnehmen, dass die Landesregierung sich hier wegduckt. Denn, liebe Genossinnen und Genossen, unser Wahlspruch von einst gilt nach wie vor: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten - in den Kommunen, in den Bündnissen und auf der Straße. DIE LINKE wird gebraucht, gerade jetzt stärker denn je!

**Sahra Mirow Landessprecherin  
DIE LINKE Baden-Württemberg,**



## Fünf Punkte gegen die drohende Gaskrise und drastisch steigende Preise

Die Gaskrise verschärft sich und die Bundesregierung agiert hilflos. Dadurch drohen die schlimmsten sozialen Verwerfungen seit Jahrzehnten. Die Ampel-Parteien beschränken sich auf teils zynische Spartipps, anstatt einen robusten Schutzschirm für Verbraucher und Versorger zu spannen. Dabei müssen die Vorbereitungen für den Heizwinter jetzt getroffen werden.

Wir legen einen Fünf-Punkte-Plan vor, um die Menschen vor Gaspreissteigerungen zu schützen und die Versorgung sicherzustellen.

Erstens: Wir brauchen ein drittes und umfassend wirksames Entlastungspaket. Es muss in der Sommerpause erarbeitet und in der ersten Sitzungswoche des Bundestages verabschiedet werden. Es sollte die Mehrkosten der Bürger tatsächlich ausgleichen. 193 Euro Energiekostenpauschale netto für Durchschnittsverdiener sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir fordern einen sozialen Klimabonus von 125 Euro im Monat

pro Haushalt und 50 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen und die sofortige Erhöhung der Sozialleistungen um 200 Euro pro Monat. Das 9-Euro-Ticket muss bis Jahresende verlängert werden.

Zweitens: Wir fordern einen sofortigen Gaspreisdeckel! In vielen großen EU-Staaten sind die Gaspreise gedeckelt. Deutschland sollte nachziehen. Derzeit geschieht das Gegenteil. Durch eine Preisanpassungsklausel werden extreme Preisanstiege für Verbraucherinnen und Verbraucher zugelassen. Damit sollte Schluss sein!

Drittens: Strom- und Gassperren müssen gesetzlich verboten werden. Die Ankündigung der Ministerin für Verbraucherschutz, ein Moratorium für Strom und Gassperren im „absoluten Krisenfall“ zu beschließen, geht zwar in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus. Für viele Menschen sind Strom und Gas längst nicht mehr bezahlbar und der „Krisenfall“ Alltag.

## ation, Krise

Die drohende neue Massenarmut, wie die Bevölkerung betrifft und wie sie sich auf Inflation noch weiter zu verschärfen könnte. Antworten auf die Krise

gen teurer werden.

Viertens: Gasversorger, insbesondere Stadtwerke und kommunale Versorger, müssen unterstützt werden. Uniper zeigt, dass die Bundesregierung handeln muss. Das Prinzip „Verluste sozialisieren, Profite privatisieren“ darf nicht gelten. Es ist richtig, Unternehmen zu retten, um einen Kollaps der Versorgung zu verhindern. Der Bund sollte dauerhaft Eigentümer bleiben,

Zusammen mit dem Verbot von Sperrungen muss ein bezahlbares Grundkontingent für Strom und Gas für alle gesetzlich garantiert werden. Über den Basisverbrauch hinausgehender Energieverbrauch sollte hinge-

um Bürger entlasten zu können. Es gibt in dieser Krise nicht nur Verlierer. Es kann nicht sein, dass der Staat unternehmerische Risiken ausgleicht, während andere Unternehmen Milliardenprofite mit der Krise machen. Über die Abschöpfung durch eine Übergewinnsteuer könnten Verluste an anderer Stelle gegenfinanziert werden.

Fünftens: Über dieses Sofortprogramm hinaus muss der Ausbau der Erneuerbaren Energien wirksam beschleunigt (insbesondere durch personelle Stärkung der Verwaltungen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren) und mit verlässlichen Ausbaupfaden verbunden werden. Dies beeinflusst schon heute die Wirtschaftlichkeitsrechnungen und Investitionsentscheidungen der Unternehmen und der Haushalte maßgeblich und senkt das Preisniveau z.B. für langfristige Lieferverträge für Energie.

**Janine Wissler & Martin Schirdewan, Parteivorsitzende  
Amira Mohamed Ali & Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzende**

## Bankrotterklärung der Bundesregierung

13,8 Millionen Menschen sind im reichen Deutschland arm. Noch nie ist die Armut so schnell gewachsen wie während der Corona-Pandemie. Die Zahlen des Armutsberichts und die massiven Inflationsraten bei Energie und Lebensmitteln zeichnen ein alarmierendes Bild, das in allen Gesprächen mit Betroffenen bestätigt wird: Es droht eine neue Massenarmut. Alleine in Hartz IV und Sozialhilfe fehlen durch den Kaufkraftverlust monatlich über 30 Euro im Geldbeutel.

Seit der Wiedervereinigung gab es noch nie es so viel Armut in Deutschland wie heute. Der gerade veröffentlichte Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands zeigt, dass in der Pandemie die Armutsquote von 15,9 Prozent (2019) auf 16,6 Prozent im Jahr 2021 gestiegen ist. Die höchsten Anstiege der Armut sehen wir bei Erwerbstätigen. Mittlerweile sind selbst 13,1 Prozent der Selbständigen arm (2019: 9 Prozent), bei den abhängig Beschäftigten sind es 8,4 Prozent. Die Arbeitslosenversicherung konnte mit ihrem Kurzarbeitergeld während Corona zwar meist die Arbeitsplätze erhalten, nicht aber den Lebensstandard der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Selbständige fielen in der Pandemie sogar völlig ungesichert durch alle sozialen Netze direkt in Hartz IV.

Die nächste Krise steht bereits in der Tür: mit der Energiekrise durch den russischen Überfall auf die Ukraine. Entsprechend sinkt die Kaufkraft durch Preissteigerungen vor allem bei Energie und Lebensmitteln rapide. Die Inflationsrate beträgt 7,6 Prozent. Vor allem für Familien mit niedrigem Einkommen sind die Preise sogar noch mehr gestiegen: um fast 9 Prozent! Das kann nicht mehr durch Sparsamkeit ausgeglichen werden. Das bedeutet für viele Menschen existenzielle Not. Daher braucht es deutliche und dauerhafte Lohnerhöhungen. Ein Einmalbonus, wie ihn Kanzler Scholz zuletzt vorschlug, ist das falsche Mittel. Ein solcher Einmalbonus erreicht wegen der viel zu niedrigen Tarifbindung auch nur knapp die Hälfte der Beschäftigten. Das wäre völlig unzureichend!

In der Existenzsicherung bleibt die Bundesregierung weiterhin katastrophal untätig. Zwar sollen Ende Juli endlich die Einmalzuschläge in Höhe von 200 Euro für Erwachsene ausbezahlt werden. Davon sind 100 Euro für den Ausgleich der Inflation gedacht. Aber diese Zahlung reicht schon lange vorne und hinten nicht mehr aus. Bei Menschen in Hartz IV und Sozialhilfe fehlen aufgrund der krassen Inflation bei Energie und Lebensmitteln monatlich mehr als 30 Euro im Geldbeutel. Zum Vergleich: Das entspricht dem Bedarf für sechs Tage Essen und Trinken in den Regelsätzen!

DIE LINKE hat in der Pandemie und darüber hinaus zahlreiche Anträge in den Bundestag eingebracht, die den Anstieg von Armut zurückdrängen sollen. Dazu gehörte etwa ein Kurzarbeitergeld in Höhe von 90 Prozent des Nettolohns mit einer Untergrenze von 1.200 Euro bei Vollzeit. Dazu gehörte als

Sofortmaßnahme für kleine Selbständige eine Wirtschaftshilfe für den Lebensunterhalt und als mittelfristige Verbesserung die obligatorische Aufnahme von Solo-Selbständigen in die Arbeitslosenversicherung. Damit hätte viel Existenzangst und Not verhindert werden können. Was fehlte? Allein der politische Wille der Bundesregierung.

Stattdessen erleben wir, dass gerade Finanzminister Linder mit aller Gewalt wieder seinem Fetisch, der Schuldenbremse, huldigen will. Dafür ist ihm kein Mittel zu schade – solange es nicht den Reichen an den Kragen geht. Lieber nimmt man bei denen, denen es eh schlecht geht. Das neueste Schurkenstück: Im Haushaltsentwurf 2023 kürzt Lindner beim Sozialen Arbeitsmarkt die Mittel um über 600 Millionen, also um 3/4. Praktisch wäre das das Ende dieser Förderung, denn es könnten keine neuen Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose in Hartz IV mehr geschaffen werden.

Es liegt doch auf der Hand: Anstatt den Rotstift bei Menschen mit geringen und mittleren Einkommen anzusetzen, müssen endlich die Einnahmen des Staates aufgebessert werden. Eine Übergewinnsteuer kann finanzielle Hilfen und Entlastungen gerade für Menschen mit kleinem Geldbeutel auf den Weg bringen – Menschen, die von Sozialleistungen leben, Rentnerinnen und Rentner, Erwerbstätige mit niedrigem und mittlerem Einkommen. 200 Euro im Monat mehr für diese Gruppen sind bitte nötig – und auch finanzierbar. Die Bundesregierung muss endlich im Interesse aller Menschen die richtigen Entscheidungen treffen, um den sozialen Frieden zu sichern.

**Jessica Tatti, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.**



# Armut, Inflation

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist die Energiekrise, die sie heute bereits ein Fünftel der Bevölkerung mit der drohenden Energiekrise und den hohen Energiepreisen droht. Es ist Zeit für LINKE.

## Ungerecht

Die Fraktion DIE LINKE stellt sich gegen Rückzahlungen für Differenzbeträge beim 9-Euro-Ticket für ALG-II-Empfänger\*innen. In einem Antrag an den Gemeinderat möchte die Fraktion DIE LINKE die Verwaltung beauftragen, keine Rückzahlung für Differenzbeträge beim 9-Euro-Ticket für ALG-II-Empfänger\*innen zu verlangen. „In vielen Bereichen steigen die Kosten für die Menschen in Deutschland, insbesondere Menschen mit geringem Einkommen sind davon betroffen. Das 9-Euro-Ticket sollte für diese Menschen eine enorme Entlastung darstellen“, so Lukas Bimmerle, Stadtrat von DIE LINKE. Nun haben einige Bundesländer und Jobcenter, unter anderem in Baden-Württemberg, Menschen in ALG-II-Leistungsbezug aufgefordert,

die Differenzbeträge zwischen Förderung für Mobilität und dem vergünstigten Ticketpreis nachzuzahlen. Dies hält die Fraktion DIE LINKE für ungerecht und kritisiert darüber hinaus:

„Der bürokratische Aufwand für eine Rückforderung ist absolut unverhältnismäßig und vermutlich teurer als der Verzicht auf die Rückforderung“, so Lukas Bimmerle.

**Lukas Bimmerle, Gemeinderat Karlsruhe**

## Das LINKE Entlastungspaket

### Die Mehrheit entlasten

DIE LINKE steht für eine Gesellschaft, in der breite Schichten mehr tragen als schmalere. Die Entlastungspakete der Bundesregierung erfüllen trotz des Gießkannenprinzips nicht ihren Zweck. Für die meisten Menschen, die unter den explodierenden Preisen leiden, sind die Entlastungen viel zu gering. Studierende und Rentner\*innen bleiben außen vor. DIE LINKE will eine gezielte Entlastung von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen.

### Krisengewinnler zur Kasse

Mittlerweile ist klar: Der Tankrabatt landet zu erheblichen Teilen nicht bei den Verbrauchern, sondern fließt als Extrageinn in die Taschen der Energiekonzerne. DIE LINKE will die Krisenerträge der Ölkonzerne durch eine Übergewinnsteuer abschöpfen.

### Deshalb fordert DIE LINKE

- Eine gezielte Entlastung von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen.
- Eine staatliche Energiepreiskontrolle und Regulierung der Energiepreise.
- Die Einführung einer Übergewinnsteuer, die die übermäßigen Gewinne der Energiekonzerne abschöpft.
- Die Einführung eines kostenfreien bzw. -günstigen Energiegrundkontingents und Verteuerung des darüber hinausgehenden Verbrauchs.

### Alle Forderungen im Detail

#### 1. Entlastung der niedrigen und mittleren Einkommen

- Gezielte Unterstützung der Menschen mit geringen Einkommen: Erhöhung der Sozialleistungen um mindestens 200 Euro monatlich
- Erhöhung des Wohngeldes und Ausweitung des Kreises der Empfänger\*innen
- Schnelle Einführung einer Kindergrundsicherung in Höhe von rund 700 Euro
- Bis zum Rückgang der Preissteigerungen auf das Vorniveau einkommensteuerpflichtige Einmalzahlungen für Haushalte inkl. Rentner\*innen (125 Euro plus 50 Euro pro weiteres Haushaltsmitglied je Monat)
- Anhebung der BAföG-Sätze auf ein bedarfsdeckendes und energiekrisenfestes Niveau
- dauerhafte armutsfeste Erhöhung der Regelsätze, damit sie endlich bedarfsdeckend das sozioökonomische Existenzminimum sichern

#### 2. Regulierung gegen Marktversagen und Gewinnmitnahmen

- Staatliche Energiepreiskontrolle und Regulierung der Energiepreise
- Deckelung der Mietpreise, der Gewerbemieten und der Lebensmittelpreise
- Besteuerung von Zusatzgewinnen („Übergewinnsteuer“)
- Verbot von Strom- und Preissperren

- Strategie zur Rekommunalisierung von privatisierten (und preistreibenden) Energieversorgern
- Abschaffung der Schuldenbremse im Grundgesetz
- Einmalige Vermögensabgabe und Wiedereinsetzung der Vermögensteuer, um großen privaten Reichtum stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen
- 100-Milliarden „Sondervermögen Energiesicherheit, Energiesouveränität und ökologische Transformation“ statt Sondervermögen für Aufrüstung

#### 3. Lenkung für Klima- und Umweltschutz

- Kostenfreie bzw. -günstige Energiegrundkontingente und Verteuerung des darüber hinausgehenden Verbrauchs
- Streichung der Industrierabatte
- Überführung der Pendlerpauschale und der Mobilitätsprämie in ein einheitliches und einkommensunabhängiges Mobilitätsgeld (10 Cent/km), das mit der Einkommensteuerschuld zu verrechnen bzw. direkt auszuführen ist



**Schluss  
mit teuer!**  
**DIE LINKE.**

Flyer zum Entlastungspaket unter:  
<https://www.die-linke.de/start/linke-entlastungspaket/>

## ation, Krise

Die drohende neue Massenarmut, wie die Bevölkerung betrifft und wie sie sich auf Inflation noch weiter zu verschärft. LINKE Antworten auf die Krise

Während die großen Konzerne ihre wirtschaftlichen Einschnitte meist überwunden haben oder sogar von der Krise profitieren können.

Die hohe Inflationsrate zerstört die Kaufkraft vieler Menschen und verschärft die sozialen Verwerfungen. Ständig enger werdende finanzielle Spielräume verunsichern Rentner\*innen, Menschen die auf Lohnersatzleistungen angewiesen sind, Beschäftigte und Selbständige in den unteren Einkommensgruppen - das trifft überdurchschnittlich viele Frauen - und sorgt selbst bei Menschen mit mittleren Einkommen zunehmend für Verunsicherung.

Die sinkende Kaufkraft ist, neben den steigenden Energiekosten, vor allem beim Einkauf des täglichen Bedarfs zu spüren. Bäckereien, Metzgereien und der kleine Lebensmittelhandel spüren dies bereits. Das erzwungene Sparen zerstört das zarte Pflänzchen des bewussten Kaufverhaltens. Beim Einkauf mehr auf ökologische und regionale Produkte zu achten, scheint schon wieder Luxus zu sein. Eier oder das Stück Fleisch aus der Massentierhaltung sind leider wieder Normalität. Damit wird die öko-soziale Wende der Bundesregierung zur Makulatur. Nachhaltiger Lebensmittelkonsum ist wieder

## Lohnsteigerungen gegen die Kostenkrise

Fast täglich lässt sich den Medien entnehmen, wie die Bundesregierung die explodierenden Energie und Lebenshaltungskosten an die Menschen weiterreicht.

ein Erkennungsmerkmal der grün orientierten Oberschicht mit gelegentlich aufblitzendem sozialen Gewissen. Willkommen in der Realität! Willkommen im Verteilungskampf von oben nach unten!

Umso wichtiger ist es, dass die anstehenden Tarifkämpfe der IG Metall, für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie, mit einem ordentlichen Abschluss enden. Dies ist auch das Ziel der anderen Gewerkschaften, die sich in schwierigen Tarifaueinandersetzungen befinden oder demnächst in die Verhandlungen einsteigen, wie z.B. der Gewerkschaft ver.di.

Es wird leider nicht möglich sein, die Kostenexplosion in einer oder zwei Tarifrunden aufzufangen. Die aktuellen und noch zu erwartenden Belastungen müssen über mehrere Jahre kompensiert werden. Doch schon jetzt gilt es erste Pflöcke zu setzen, um den Verteilungskampf wieder umzudrehen.

So ist es der NGG gelungen mit dem Hotel- und Gaststättenverband einen Tarifvertrag zu vereinbaren, der eine durchschnittliche Tarifsteigerung von 8,9% beinhaltet und im Herbst 2023 noch einmal 8,4%. Dies in einer Branche in der es bitter notwendig ist, die bescheidenen Einkommen möglichst rasch armutsfest zu machen. Immerhin reden wir von der Branche in der nach der Automobil- und Elektroindustrie die meisten Menschen in Baden-Württemberg arbeiten.

Für uns als LINKE gilt es die Tarifkämpfe der Gewerkschaften zu unterstützen und mit unseren guten, steuerpolitischen, Forderungen zu flankieren.

**Elwis Capece,**  
Landessprecher, DIE LINKE Baden-Württemberg

**Wir sagen NEIN zur Hochrüstung und zu den Sonderschulden für die Bundeswehr. Wir sollten die 100 Milliarden Euro lieber in Klimaschutz, Energieunabhängigkeit und ins Soziale investieren, statt sie an die Rüstungsindustrie zu verschwenden. Unsere Bundestagsfraktion hat der im Bundestag als einzige Fraktion geschlossen gegen diese unsinnige Geldverschwendung gestimmt.**

## Sondervermögen gegen Kinderarmut!



Quelle: \* Bundesfinanzministerium, \*\* Statistisches Bundesamt

## Erfolg: Lohnzulage am Klinikum Stuttgart!

Nach monatelangem Einsatz haben Beschäftigte, Gewerkschaft und DIE LINKE einen Erfolg errungen: Ab Juli 2022 wird eine Lohnzulage für die Pflegekräfte am städtischen Klinikum in Stuttgart ausbezahlt.

Bereits 2020 hatte DIE LINKE, im Austausch mit Gewerkschaft und Personalrat, erstmalig einen Antrag auf eine Lohnzulage im Gemeinderat gestellt, der abgelehnt wurde. Im November 2021 kam der zweite Anlauf. Gewerkschaftsaktive sammelten in der

Belegschaft 1.800 Unterschriften für die Forderung von 500 Euro/Monat mehr für die Pflege und übergaben sie an den Verwaltungsrat. Vor jeder Gremiensitzung standen Beschäftigte in Arbeitskleidung mit Schildern und Bannern Spalier. Das Thema wurde in der Presse aufgegriffen. Der Druck auf die anderen Parteien wuchs, insbesondere auf Grüne & SPD.

Anfang Mai, als der Antrag der LINKEN endlich nach einer Vertagung auf der Tagesordnung stand, schwenkten auch SPD und Grüne um. Sie brachten einen eigenen Antrag ein, der sich allgemein für eine Zulage aussprach – wenn auch in geringerer Höhe als gefordert. Der Gemeinderat fasste am 5. Mai einen allgemeinen Beschluss für eine Zulage, deren Ausgestaltung im Verwaltungsrat weiterverhandelt wurde. Am 30. Juni, sagte der Gemeinderat schließlich die Finanzierung der Kosten zu, im Fall, dass die Krankenkassen die Zulage nicht refinanzieren\*.

Beschäftigte in der unmittelbaren Betreuung von Patient\*innen der Entgeltgruppen P6 bis P9 erhalten ca. 180 - 250 Euro pro Monat. Beschäftigte in Leitungsfunktionen



DIE LINKE Stuttgart unterstützt Protest vor Ort

mit P10 bis P15 erhalten ca. 90 - 170 Euro. Die Zulagen sind also geringer als die geforderten 500 Euro. Trotzdem bewertet die ver.di-Betriebsgruppe sie in ihrem aktuellen Flugblatt als »wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer besseren Bezahlung für Pflegekräfte.«

Es bleibt viel zu tun: »Leider gab es bisher keine Mehrheit dafür, die Zulagen dauerhaft zu zahlen,« sagt LINKEN-Stadträtin Johanna Tiarks in einem Interview. »Es besteht die Gefahr, dass die

Zulage abgeschmolzen wird, indem sie mit der Erhöhung nach der nächsten Tarifrunde ÖD verrechnet wird. Immerhin konnten wir erreichen, dass diese Streitfrage offengelassen wurde. Da ist die nächste Auseinandersetzung vorprogrammiert und DIE LINKE wird sich an der Seite der Beschäftigten dafür einsetzen, dass die Zulage erhalten bleibt!«

Nevin Kirstein (Krankenpflegerin, aktiv bei ver.di am Klinikum) stellt im Interview klar: »Ohne die Kolleg\*innen in der Technik, in der Logistik, der Sicherheit, der Reinigung etc. würde der Laden nicht laufen. Auch sie brauchen höhere Gehälter, auch sie hätten die Zulage verdient. Dafür können wir uns gemeinsam bei der Tarifrunde einsetzen. Wir müssen uns organisieren, streiken und uns nicht mit halben Sachen abspeisen lassen.« Die Friedenspflicht endet am 31. Dezember – als LINKE Stuttgart werden wir die Beschäftigten in der Tarifrunde voll unterstützen.

Mehr Infos zum Thema sowie Interviews mit Nevin Kirstein und Johanna Tiarks unter folgendem Link auf der Website der LINKEN Stuttgart: <https://gleft.de/4Q0>

## Lohnzulage für die Pflege am Klinikum Stuttgart kommt!

»...von Vertretern der Gewerkschaft Verdi im Verwaltungsrat des Klinikums lanciert [...] vom Linksbündnis in den Rat getragen und durch einen Kompromissvorschlag von Grünen und SPD zur Mehrheit geführt...«  
Stuttgarter Zeitung, 31.05.2022, M. Bury

...und durch den Druck der Belegschaft erkämpft.

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Stuttgart

[www.die-linke-stuttgart.de](http://www.die-linke-stuttgart.de)



Zum Hintergrund der Forderung Der Antrag beruhte auf einem Hebel, der im Tarifvertrag TVÖD-K und im Krankenhausfinanzierungsgesetz angelegt ist. Danach ist im Prinzip eine für Krankenhausträger kostenneutrale Lohnzulage durch die Voreweggewährung von bis zu zwei Entgeltstufen möglich. Die Krankenkasse müsste die zusätzlichen Lohnkosten übernehmen. Das Robert-Bosch-Krankenhaus (RBK) zahlt auf diese Weise seit 2019 eine Zulage. Mit Erfolg, wie in einem Artikel in der Stuttgart Zeitung vom 17.04.2022 steht: »Die Fluktuation habe man dadurch „von 20 auf 10 % gesenkt“, die Ausgaben für Leasingkräfte von 7,1 auf 3,5 Millionen Euro.« Zur Wahrheit gehört auch, dass das RBK in juristischen Auseinandersetzungen mit den Krankenkassen steht, die die Zulage nicht – wie vorgesehen – refinanzieren will. Ein Schiedsspruch hatte der RBK zunächst Recht gegeben, die Krankenkassen, wollen es langwierig vor Gericht ausfechten.

## Rekommunalisierung der Reinigungsdienste

Nicht mal ein Drittel der städtischen Gebäude und Einrichtungen wird auch von städtischen Mitarbeiter\*innen geputzt. Über 70 % der Reinigungsarbeiten wird an externe Dienstleister vergeben, da sie laut Auskunft der Stadt rund 30 % günstiger arbeiten würden. Soziale Standards werden bei der Auftragsvergabe von den Verwaltungsmitarbeiter\*innen nicht geprüft. Die Stadt Karlsruhe verlässt sich dabei ganz auf die Selbstverpflichtungserklärungen der Firmen.

So fließen jährlich 8,5 Mio. Euro an über 40 Gebäudereinigungsfirmen, die ihre Aufträge von der Stadt nach Abgabe der jeweils billigsten Angebote erhalten. Dass dies nur auf dem Rücken der Reinigungskräfte mit Hilfe von Niedriglöhnen, Minijobs und ungeschützten Arbeitsverhältnissen zu erreichen ist, liegt auf der Hand.

Viele dieser hart arbeitenden Menschen müssen zu ihrer Existenzsicherung noch Aufstockung nach Hartz IV oder Kosten der Unterkunft beantragen. Diese unwürdigen Verhältnisse müssen beendet werden. DIE LINKE fordert die Stadt im interfraktionellen Antrag 2022/0592 auf: „Reinigungsdienste rekommunalisieren und Reinigungskräfte in städtische Beschäftigung übernehmen.“ Bessere Arbeitsbedingungen sorgen für bessere Arbeitsleistung. Damit wollen wir auch weiterem Unmut in Kitas und Schulen über mangelnde Sauberkeit und Hygiene entgegenwirken.

**Karin Binder, Stadträtin in Karlsruhe**

## Gute Bildung braucht Fachkräfte!

Anfang Juli wurde die neueste Bertelsmann-Studie zum Fachkräftemangel in Ganztags und Kitas veröffentlicht. Die Situation ist klar: Das Land Baden-Württemberg muss umgehend eine langfristige Fachkräfteoffensive starten, andernfalls wird der Fachkräftemangel sich in den nächsten Jahren weiter verschlechtern. Wie Kitas und Ganztageseinrichtungen ohne ausreichend Personal am Laufen gehalten werden sollen steht in den Sternen. Inzwischen fehlen zehntausende Erzieher:innen und Sozialpädagog:innen für den Ganztagsbetrieb an den Grundschulen in Baden-Württemberg.

Das Problem ist auch nicht neu, sondern hausgemacht. Die Gewerkschaft ver.di weist seit Jahren auf diese Fehlentwicklung in Baden-Württemberg hin. Ohne die Entlastungs-Tariffrunden 2009, 2015 und in diesem Jahr würde die Situation noch viel

„Es wird Zeit, dass sich das endlich ändert. Wir brauchen ausreichend und gut ausgebildetes Fachpersonal, in den Schulen und in den Kitas. Lehrkräfte verdienen Respekt, und keine Entlassung während des Sommers. Und es wird auch endlich Zeit, dass Kitas in Baden-Württemberg gebührenfrei werden.“



der grünen Kultusministerin Schopper zum Jobcenter geschickt. Damit zeigt die Landesregierung erneut ihren mangelnden Respekt gegenüber unseren Lehrkräften und ihren Unwillen, endlich die benötigten Mittel für gute Bildung in die Hand zu nehmen.

Es wird Zeit, dass sich das endlich ändert. Wir brauchen ausreichend und gut ausgebildetes Fachpersonal, in den Schulen und in den Kitas. Lehrkräfte verdienen Respekt, und keine Entlassung während des Sommers. Und es wird auch endlich Zeit, dass Kitas in Baden-Württemberg gebührenfrei werden. Kitas sind die ersten Bildungseinrichtungen, die unsere Kinder besuchen. Das darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

**Gökay Akbulut,**  
familienpolitische Sprecherin  
der Bundestagsfraktion der LINKEN



## Dienstleistungsgewerkschaft ver.di schreibt Kommunen an

**ver.di Baden-Württemberg fordert die Kommunen zur Umsetzung des SuE-Abschlusses auf – Höhergruppierungen und Entlastung ab jetzt möglich, nötig und tariflich zwingend vorgesehen.**

ver.di Baden-Württemberg hat die kommunalen Arbeitgeber im Sozial- und Erziehungsdienst, direkt die 253 Bürgermeister und Oberbürgermeister:innen der größeren baden-württembergischen Kommunen sowie den Gemeindefrat und den Landkreistag, schriftlich aufgefordert, das Tarifergebnis für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst jetzt umgehend umzusetzen.

Am 18. Mai hatten ver.di und die VKA nach monatelangen Verhandlungen und mehreren Streiktagen vereinbart, dass unter anderem allen Beschäftigten mindestens zwei freie Regenerationstage zustehen.

Außerdem sind zusätzlich zu den vereinbarten Zulagen auch Höhergruppierungen fällig. Auch die Vor- und Nachbereitungszeiten bzw. Zeiten für Qualifizierung wurden erhöht. Die Stellenpläne in Kitas und im Ganztags an den Schulen müssen jetzt in jedem Fall angepasst werden, da zusätzliche Puffer für die nun zustehenden freien Tage benötigt werden. Bis neues Personal gewonnen ist, müssen vorübergehend auch Öffnungszeiten verändert oder die Angebotsstruktur angepasst werden. Und auch das Land ist bei der Refinanzierung gefordert, da die Umsetzung des Tarifvertrages mit deutlichen Kostensteigerungen für die Träger verbunden ist.

Martin Gross, ver.di Landesbezirksleiter: „Jetzt können alle zeigen, wie ernst sie es mit der Stärkung der frühkindlichen Bildung meinen. Wir werden nicht zusehen, wenn Kommunen die Umsetzung der Entlastung aussitzen: die Regenerationstage dürfen nicht durch noch mehr Belastung für die jeweils in der Einrichtung verbleibenden Kräfte von den Kolleginnen und Kollegen quasi selbst finanziert werden. Ihr Träger ist dafür zuständig. Und: schon in 2022 sind die vollen zwei bis vier Tage fällig. Die Kommunen sind gut beraten, wenn sie jetzt die Umsetzung mit allen Konsequenzen angehen. Damit es im Dezember keine Überraschungen gibt, weil plötzlich alle Anspruch auf zusätzlich freie Tage geltend machen.“

Mit dem neuen Tarifvertrag verdient eine Erzieherin mit 15 Prozent Anteil von Kindern und

Jugendlichen mit einem erhöhten Förderbedarf innerhalb einer Gruppe in der Endstufe 467 Euro mehr pro Monat. Gleiches gilt für die neu in den Tarifvertrag aufgenommenen sogenannten Facherzieher:innen. Aber nur, wenn die Höhergruppierung korrekt umgesetzt wird. Das betrifft schon jetzt tausende Beschäftigte im Land. Eine Kollegin, die im Umfang von 15 Prozent ihrer Arbeit Praxisanleitung macht, erhält durch die neuen Zulagenregelungen in Summe 200 Euro mehr, um diese wichtige Aufgabe mit einer größeren Wertschätzung (70 Euro Zulage für die Praxisanleitung) auszustatten.

Hanna Binder, stellvertretende ver.di Landesbezirksleiterin: „Wenn der Tarifvertrag mit Leben gefüllt ist, haben wir einen weiteren Schritt für die Aufwertung der pädagogischen Berufe gemacht. Und endlich einen Einstieg in Entlastungsregelungen erreicht. Durch die verbesserten Regelungen für die Praxisanleitung wird auch die Ausbildung attraktiver. Jetzt ist die Chance da, neue Fachkräfte für diese wichtigen und sinnstiftenden Berufe zu gewinnen. Aber es ist klar: es müssen noch weitere Schritte folgen.“

Viele der Regelungen gelten auch in der sozialen Arbeit, die in Städten und auf Landkreisebene geleistet wird. ver.di Baden-Württemberg hat deshalb diese Woche Kommunen, Gemeindefrat und Landkreistag angeschrieben:

Das Anschreiben wird in vielen Gemeinden vor Ort auch direkt von ver.di Aktiven übergeben. Und auch der Arbeitgeberverband VKA hatte seine Mitglieder bereits aufgefordert, die Tarifvereinbarung jetzt umzusetzen, auch wenn dies mit zusätzlichen Schließtagen verbunden sein sollte.



## Absurdität des freien Marktes - Curevac verklagt Biontech

**Tübinger Linke fordert Gemeinwohlbindung von Fördergeldern**

Das Tübinger Biotech-Unternehmen Curevac hat laut Presseberichten Klage wegen Patentrechtsverletzungen gegen den Mainzer Impfstoffhersteller Biontech eingereicht. Dessen Erfolg bei der Entwicklung eines Impfstoffes gegen Covid-19 basiere „auf jahrzehntelanger wissenschaftlicher Forschung und Innovation“ und damit auch Erfindungen, die auf Curevac zurückgingen und auf die das Unternehmen Patente angemeldet habe.

„Natürlich ist die rasche Entwicklung von mRNA-Impfstoffen

„Genau deswegen sind wir dafür – sowohl national aber auch kommunal hier in Tübingen – Förderung durch öffentliche Mittel an strengere Vorgaben zu knüpfen. Staatliche und kommunale Zuschüsse sollen nur solche Unternehmen erhalten, die Gemeinwohl-Verpflichtungen eingehen.“

auf jahrzehntelange Forschung zurückzuführen“, so Stadträtin Gerlinde Strasdeit von der Tübinger Linken im Gemeinderat. „Allerdings durch Forschung, die erheblich mit öffentlichen Geldern oder an staatlichen Hochschulen stattgefunden hat.“

„Dies verweist auf ein generelles Problem des Patentrechtes und der Forschungspraxis in Deutschland“, pflichtet die Linke-

Stadträtin Gitta Rosenkranz bei. „Denn natürlich ist es sinnvoll, wenn Verbesserungen der Gesundheitsversorgung auch durch private Unternehmen staatlich gefördert werden. Problema-

tisch ist es aber dann, wenn diese öffentlich geförderte Forschung durch Bestimmungen bspw. des Patentrechtes nicht auch der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Im Fall von Corona hätten die Patente der Impfstoffe unbedingt freigegeben werden müssen, nicht nur wegen der öffentlichen Förderung, sondern weil dies der verantwortungsvolle und effektive Umgang mit einer Pandemie gewesen wäre.“

Gerlinde Strasdeit ergänzt: „Letztlich bestärken uns diese Vorgänge in unserer Kritik, dass ein so massiv öffentlich finanziertes Unternehmen wie Curevac gar nicht hätte an die Börse gehen dürfen, denn die jetzige Posse speist sich aus falschen Vorgaben. Jede Möglichkeit wird ausgeschöpft, um an frisches Geld zu kommen, wie es das Handelsblatt schreibt. Zur Bekämpfung von COVID-19 trägt das nichts bei.“

Gitta Rosenkranz dazu: „Obwohl viele Länder und selbst die WHO eine Impfpatenfreigabe gefordert haben, sperrten sich die damalige Bundesregierung und EU-Kommission voll dagegen. Curevac hätte aber auch aus eigener Verantwortung

## Kommunalwahlen 2024

Im Frühjahr 2024 finden in Baden-Württemberg die nächsten Kommunalwahlen statt, voraussichtlich wieder zusammen mit den Wahlen zum Europäischen Parlament. Ziel ist es, dass DIE LINKE wieder in allen Großstädten des Landes antritt und nach Möglichkeit auch in vielen mittleren und kleineren Städten, sowie zu den Kreistagen in den Landkreisen. Den gleichzeitigen Europawahlkampf können wir dabei gut nutzen. Mit Kommunalpolitik sind wir als Linke direkte Ansprechpartnerin für alle großen Themen, die vor Ort aufschlagen: Armut, Bildung, Energie, Umwelt, Geflüchtete und vieles mehr. Die schlichte Erfahrung ist, fast überall dort, wo wir eigene Listen aufstellen, erzielen wir auch kommunale Mandate. Bei den Kommunalwahlen sind linke Wahlbündnisse und Listenverbindungen möglich. Wo es solche schon gibt, macht es Sinn, diese zu unterstützen. Allerdings: wir haben auch in Baden-Württemberg linke Stammwähler:innen, die ausdrücklich nach Listen unserer Partei fragen und diese auch wählen wollen.

Was können die Kreisverbände schon jetzt zur Vorbereitung

selbst tätig werden können, ein Unternehmen, das es nur dank der massiven öffentlichen Finanzierung und politischen Unterstützung überhaupt noch gibt. Der von zwei Texanern entwickelte Impfstoff Corbevax ist als Open-Source-Impfstoff freigegeben. Natürlich geht das nur bei Unternehmen, die nicht an der Börse sind, denn dort wird Profitmaximierung zur Handlungspflicht.“

Gerlinde Strasdeit fordert: „Genau deswegen sind wir dafür - sowohl national aber auch kommunal hier in Tübingen - Förderung durch öffentliche Mittel an strengere Vorgaben zu knüpfen. Staatliche und kommunale Zuschüsse sollen nur solche Unternehmen erhalten, die Gemeinwohl-Verpflichtungen eingehen. Öffentliche Gelder müssen einen gesellschaftlichen Nutzen ergeben statt einen für die Aktionäre. Das hätte man gegenüber Curevac auch problemlos durchsetzen können, denn ohne das dort investierte Steuergeld, wäre das Unternehmen schon lange weg vom Fenster.“

### Linke-Fraktion im Tübinger Gemeinderat

anpacken:

1. Überlegen, was vor Ort die wichtigsten kommunalen Fragen sind, zu denen wir mit sozialen und ökologischen Positionen verständliche Antworten formulieren können.
2. Veranstaltungen, kleine Aktionen und Gesprächsrunden organisieren, wo wir wichtige kommunale Themen wie Mieten, Gesundheit, Pflege, Kitas, Verkehr aufgreifen.
3. In der Parteimitgliedschaft und im Umfeld schon jetzt signalisieren, dass wir kandidieren wollen und dass wir Mitglieder und Nichtmitglieder einladen, mitzuarbeiten und auf unseren Listen anzutreten. Oft gibt es uns nahestehende Menschen, die bereit sind, auf eine Liste zu gehen.
4. Ab Frühjahr 2023 sollten wir uns schlaue machen, wie die formalen wahlrechtlichen Anforderungen in der eigenen Stadt und dem jeweiligen Landkreis aussehen. Das kommunalpolitische Forum in Baden-Württemberg wird insbesondere auch solche Kreisverbände und Ortsgruppen beraten und unterstützen, die erstmalig antreten wollen.

### Bernhard Strasdeit, Kreisrat in Tübingen

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG**

**kompoFo**

**FORUM LINKE  
KOMMUNAL  
POLITIK BADEN-  
WÜRTTEMBERG e.V.**

### **KOMMUNALPOLITIK IM LÄNDLICHEN RAUM: LANDWIRTSCHAFT, GESUNDHEIT, WOHNEN & ENERGIE Bildungsreise ins Umland von Heilbronn für kommunalpolitisch Aktive und Interessierte aus Baden-Württemberg vom 25. - 29. September 2022**

In Baden-Württemberg zählen rund 70 Prozent der Landesfläche zum Ländlichen Raum, 34 Prozent der Bevölkerung Baden-Württembergs leben im Ländlichen Raum. Für linke Kommunalpolitik im Ländlichen Raum stellen sich besondere Aufgaben: Wie gelingt es, einen Öffentlichen Nahverkehr bereit zu stellen, der es für die Menschen attraktiv macht, öfters oder immer auf die Fahrt mit dem eigenen PKW zu verzichten? Wie kann eine qualitativ hochwertige und gut erreichbare medizinische Versorgung sichergestellt werden? Wie muss eine Landwirtschaft aussehen, die umweltverträglich und nachhaltig Lebensmittel produziert, zum Landschaftserhalt beiträgt und den Produzent:innen ein angemessenes Einkommen sichert?

Mit diesen und weiteren Fragen wollen wir uns während unserer Bildungsreise, die uns in den ländlichen Raum um Heilbronn herum führt, beschäftigen. Wir wollen mit Produzent:innen und Expert:innen sprechen, Orte besichtigen und gemeinsam den Raum erkunden. Und wir wollen uns austauschen über die Herausforderungen für linke Kommunalpolitik im ländlichen Raum. Die Bildungsreise richtet sich insbesondere an aktive Kommunalpolitiker:innen und kommunalpolitisch Interessierte in Baden-Württemberg.

**Organisatorisches:** 4 Nächte im Doppel- (175 €) oder Einzelzimmer (250 €) mit Frühstück in der Jugendherberge Heilbronn. Mitglieder des Forums Linke Kommunalpolitik und der Rosa-Luxemburg-Stiftung können einen Kostenzuschuss beantragen. Für die Reise können drei Tage Bildungsfreistellung genommen werden.

Alle Infos zum Programm und Anmeldeunterlagen hier: [bw.rosalux.de/veranstaltung/es\\_detail/CFD62](http://bw.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/CFD62)

Infos und Kontakt: [www.rls-bw.de](http://www.rls-bw.de) | mail: [bawue@rosalux.org](mailto:bawue@rosalux.org) | Tel. 0711 99 79 70 90  
V.i.S.d.P.: Rosa Luxemburg Stiftung Baden-Württemberg, Ludwigstr. 73A, 70176 Stuttgart

## Aktionsfenster Mobilität

**Gewinnbar, weil es DIE LINKE und die Mehrheit will: bezahlbaren ÖPNV regional erkämpfen.**

Es geht uns um eine gelingende, gerechte Zukunft, in der wir die dramatischen Folgen der Klimakrise nicht den Einzelnen und nicht den Schwachen überlassen. Die Welt brennt bereits – wir brauchen jetzt die Kraft für einen Salto vorwärts zur Umverteilung und Klimawende.

Dabei kommt es darauf an, was wir draußen tun, wenn in den kommenden Jahren alle großen Zukunftsfragen verhandelt werden. Aber das Richtige zu sagen genügt nicht, am Ende wird sich unser Erfolg anhand der richtigen Taktik und der konkreten Arbeit vor Ort entscheiden. Für uns heißt das: Klimawende mit den Beschäftigten für die 99%. Dazu braucht es als ersten mehrheitsfähigen Erfolg einen bezahlbaren und hochwertigen ÖPNV für Alle. Offensiv aus der Krise: In der Mobilitätswende eröffnet sich dafür gerade ein Aktionsfenster in das wir vorstoßen sollten. Am 1. Juli 2022 hat der Der Spiegel berichtet, dass die „Deutschen sich bundesweit ein gültiges 365-Euro-Ticket wünschen“. In einer Umfrage sprechen sich 54% der Wahlberechtigten dafür aus. Das 9-Euro-Ticket ist jetzt schon ein großer Erfolg, der aufzeigt, wie mit einem günstigen Nahverkehr die klimagerechte Mobilitätswende möglich ist. Dies zeigt: das Thema Mobilitätswende bietet aktuell ein anschlussfähiges

Aktionsfenster. Mit einer konkreten Kampagne können wir ein Mitmach-Angebot für Mitglieder, Sympathisierende, Stuttgarter:innen, Gewerkschafter:innen und Klimaaktive schaffen, durch die Präsenz in den Stadtteilen mit den Menschen ins Gespräch kommen und Themen verbinden, über die Kampagne methodische und theoretische Bildungsangebote schaffen, eine organische Unterstützungsstruktur für die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst und im Nahverkehr

aufbauen und den Gebrauchswert und das Profil der LINKEN als ökologische und sozialistische Kraft schärfen, die Partei attraktiver machen und damit aus- und aufbauen. Die zentrale Frage dabei ist: Wie können wir mit möglichst vielen Ak-

tiven eine Kampagne mit realen Gewinnaussichten auf die Beine stellen? An dieser Frage arbeiten Genoss:innen in Stuttgart rund um das Thema ÖPNV. In zweiwöchigen, offen beworbenen Treffen wird seit Jahresbeginn kollektiv diskutiert, Kampagnenpläne erarbeitet, theoretische und praktische Eindrücke aus anderen Städten integriert, Veranstaltungen geplant, Aktionen auf der Straße umgesetzt und Methoden des Organizing ausprobiert. Die Treffen sind trotz intensiver Taktung mit regelmäßig 15 Teilnehmer:innen gut besucht und eignen sich auch dafür, Interessierte direkt in die politische Arbeit zu integrieren. Für viele Mitglieder war es der erste Berührungspunkt mit der theoretischen und praktischen Kampagnenarbeit. In einem ersten Schritt haben wir auf der Straße schon mit vielen Stuttgarter:innen anhand eines Fragebogens gesprochen und sehr viele positive Rückmeldungen für unser Vorhaben erhalten. Innerhalb kürzester Zeit haben sich ca. 200 der Be-

fragten bereit erklärt, bei einer etwaigen Durchführung eines Bürgerbegehrens aktiv zu werden und sich einzubringen. Viele andere Kreisverbände wie Nürnberg, München, Karlsruhe oder Köln vermelden ähnliche Erfahrungen. Diese Dynamik wollen wir nutzen und diskutieren deshalb aktuell die Möglichkeiten eines Bürgerbegehrens. Alle sind aktuell hoch motiviert und wollen zeigen: alle andere Plakatieren, wir setzen um!

**Dennis Klora, KV Stuttgart**



## Energiekrise

**DIE LINKE Baden-Württemberg kämpft mit ihrem Aktionsprogramm „Energie für alle“ vor Ort gegen steigende Energiepreise**

Deutschland steckt in einer tiefen Energiekrise. Was das bedeutet, erleben viele Menschen zurzeit an der Supermarktkasse und beim Blick auf ihre Jahresendabrechnungen. Für den Mai 2022 stellt das Statistische Bundesamt Preissteigerungen im Energiebereich von 38,3 Prozent fest. Energie ist der Motor unserer modernen Gesellschaft. Wird sie teurer, wird auch folglich alles teuer, da Energie im Produktions- und Vertriebsprozess benötigt – mit fatalen

„Armut durch steigende Energiepreise ist in Deutschland die bittere Realität für eine größer werdende Personengruppe. Für DIE LINKE ein guter Grund, alles in Bewegung zu setzen, um diesen Menschen beiseitezustehen.“

Folgen insbesondere für Personen der unteren Einkommenschichten. Aber nicht nur sie sind davon betroffen. Mittlerweile sind die Preissteigerungen auch in den Geldbeuteln bis tief in die Mittelschicht deutlich spürbar.

Dass Deutschland und große Teile der Europäischen Union jetzt so stark unter Preissteigerungen im Energiesektor leiden ist zu großen Teilen Folge von verschleppten Investitionen und Reformen im Umwelt- & Energiebereich. Der auf der Strecke gebliebene Ausbau der erneuerbaren Energien trägt jetzt maßgeblich dazu bei, dass Deutschlands Energieversorgung stark für externe Faktoren

wie dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine anfällig ist. Das wird sich auch dann nicht ändern, wenn Deutschland nicht zügig in großen Maßstäben in eben genau diesen Ausbau investiert. Es bedeutet aber auch, dass wir uns mittelfristig selbst aus dieser Lage befreien können, wenn wir wollen. Für uns LINKE sollte das ein Ansporn sein, den Bürger:innen aufzuzeigen, dass sie mit dem Ausbau erneuerbarer Energien gewinnen können.

Gleichzeitig muss es gerade jetzt insbesondere unsere Aufgabe sein, die Auswirkungen der steigenden Energiepreise mit unseren zur Verfügung stehenden Mitteln sozial gerecht abzufedern. Armut durch steigende Energiepreise ist in Deutschland die bittere Realität für eine großer werdende Personengruppe. Für DIE LINKE ein guter Grund, alles in Bewegung zu setzen, um diesen Menschen beiseitezustehen. Für uns in Baden-Württemberg bedeutet das, unsere größte Einflussosphäre – unsere Mandatsträger:innen vor Ort – zu nutzen und konkrete Maßnahmen in die Kommunalparlamente einzubringen, die versuchen, die Betroffenen zu entlasten.

## „Spurwechsel“

### Gerechte Mobilitätswende, Sicherung von Arbeitsplätzen & alternative Produktion in Baden-Württemberg

Wie muss ein sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger Umbau der Industriegesellschaft aussehen? Welche Bündnisse und Strategien sind notwendig, um diese Transformation sozial gerecht zu gestalten? Und wie kann dieser Übergang in der (Automobil-)Region Stuttgart gestaltet werden? Antworten auf diese Fragen suchte eine Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg am 2. Juli im Stuttgarter Gewerkschaftshaus zusammen mit Gewerkschafter:innen, Betriebsrät:innen, Aktiven in der Umweltbewegung sowie Mitglieder der Partei DIE LINKE. Der Jenaer Soziologe Klaus Dörre machte in seinem Eröffnungsbeitrag deutlich, dass das Modell eines „grünen Kapitalismus“ eine Sackgasse ist, da dieser weder den ökologischen noch den sozialen Herausforderungen der Gegenwart gerecht werde. Diesem müsse die Linke ein Transformationsprojekt entgegenstellen, das die Gesellschaft vom Zwang zum dauerhaften und schnellen Wirtschaftswachstum befreie und in der Lage sei, „Klimaschutzpolitik für die 99 Prozent“ zu machen. Mario Candeias (RLS) unterstrich die zentrale Bedeutung, die dem Umbau der Mobilitätsindustrien innerhalb eines solchen linken Transformationsprojekts zukomme. Gestützt auf Zahlen einer aktuellen Studie der RLS zeigte er, dass durch eine konsequente Stärkung der Mobilitätsträger Bus und Bahn mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können als durch den ökologisch notwendigen Rückbau der PKW-Produktion und deren Umstellung auf Elektroantriebe verloren gehen. Dass ein grundlegender sozialökologischer Systemwechsel notwendig sei, dieser aber nur gelingen könne, wenn die Wirtschaft demokratisiert und die bestehenden Eigentumsverhältnisse geändert würden, war der Ausgangspunkt der Überlegungen von Bernd Riexinger, der die Initiative zur Gründung eines Transformationsrats für die Region Mittlerer Neckarraum vorstellte. Die notwendige Produktionskonversion in den Betrieben und der Ausbau betrieblicher Mitbestimmung müsse eingebettet sein in eine umfassende demokratische Rahmenplanung, für die neben den Parlamenten solche Transformationsräte ein wesentliches Instrument seien. Bestehend aus Vertreter:innen

In den letzten Monaten haben wir deshalb mit verschiedenen Mandatsträger:innen im Landesvorstand ein Aktionsprogramm entwickelt, welches unsere Mitglieder dabei unterstützen soll. Das Aktionsprogramm „Energie für alle!“ enthält eine Reihe von Maßnahmen wie der Einrichtung von Sozialenergiefonds, Beratungsstellen oder dem Verzicht auf Strom- und Wassersperren und ist auf der Website des Landesverbands zu finden. Wir wollen mit den Mandatsträger:innen vor Ort jetzt gemeinsam daran arbeiten, Möglichkeiten zu finden, wie wir unsere Vorschläge in konkretes Handeln umsetzen. So haben wir beispielsweise in Schwäbisch Gmünd Energieabschaltungen bereits erfolgreich verhindert, in Freiburg das Sozialticket vergünstigt und in Weinsberg einen finanziellen Notfalltopf in den Gemeinderat eingebracht.

Klar ist bereits jetzt: DIE LINKE kämpft vor Ort konkret für die Betroffenen. Die Preissteigerungen werden uns aber noch eine Weile begleiten. Umso wichtiger, dass wir als LINKE jetzt am Ball bleiben.

**Justin Niebus, Mitglied im Landesvorstand**



Prof. Dr. Klaus Dörre von der Universität Jena

von Gewerkschaften und der öffentlichen Hand sowie von Repräsentant:innen gesellschaftlicher Interessen, aus Umwelt- und Verbraucherverbänden, der Klimaschutzbewegung, aus Sozialverbänden, Wissenschaft und Kultur könnte der Transformationsrat die Interessen und Vorstellungen der verschiedenen Akteure, Gruppen und Organisationen bündeln und aus diesen ein Zukunftskonzept für die Transformation in der Region erarbeiten und Druck auf die Politik ausüben. Die Bildung eines alternativen Transformationsrates, so Riexinger, wäre sicherlich ein Experiment, jedoch eines, mit dessen Hilfe der von Wirtschaft und Staat vorgesehene Transformationsprozess als einzig vorstellbarer Weg in Frage gestellt werden und diesem eine Alternative jenseits der kapitalistischen Logik entgegengesetzt werden könnte – eine Chance, die nicht ungenutzt gelassen werden sollte.

Ein ausführlicher Bericht zur Tagung mit weiteren Informationen für alle an der Initiative Transformationsrat Mittlerer Neckar Interessierten findet sich auf der Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg: [bw.rosalux.de/news/id/46761](http://bw.rosalux.de/news/id/46761).

**Walter Kubach, KV Ludwigsburg**

**Auf der nächsten Seite findest du ein Aktionsplakat. Gedacht ist es für den Antikriegstag am 01. September, es kann aber natürlich auch zu anderen Anlässen verwendet werden.**

# Was würdest Du 100 Milliarden €

In Aufrüstung stecken und atombomben-  
fähige Kampfflugzeuge, Panzer und  
bewaffnete Drohnen anschaffen?



**SPD**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



**Freie  
Demokraten**  
FDP

**CDU**

[www.die-linke-bw.de](http://www.die-linke-bw.de)

# ... mit Euro machen?

ben-

In Klimaschutz, kostenlosen  
Nahverkehr und bezahlbares  
Wohnen investieren!



**DIE LINKE.**  
BADEN-WÜRTTEMBERG

# Einsteigen, Umsteigen, Aufsteigen

Eine sozialökologische Mobilitätswende ist unerlässlich für mehr Klimagerechtigkeit



Die Mobilitätswende ist ein entscheidender Faktor, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren und damit die notwendige Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 zu erreichen. In Zahlen ausgedrückt werden in der EU jährlich fast 900 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> durch die Verbrennung von Kraftstoffen im Straßenverkehr ausgestoßen. Den allergrößten Teil verursacht hierbei der privat genutzte PKW.

Die Forderung nach einer Reduktion von PKWs im Straßenverkehr führt aber seit jeher zu heftigen Debatten zwischen der Autolobby und der Klimabewegung. Zwei Fronten stehen sich hier gegenüber. Gleichzeitig sind in Städten wie Stuttgart, als Standort von Daimler, Porsche, Bosch, Mahle und vieler andere Zulieferer viele Arbeitsplätze mit der Automobilindustrie verbunden.

Die hoch gesteckten Klimaziele sind zudem nur im Gleichgewicht von ökologischen und sozialen Maßnahmen erreichbar. Arbeiter:innen am Fließband oder in der Pflege müssen sich die Klimawende auch leisten können. Es darf nicht vom Geldbeutel, vom Alter oder vom Wohnort in der Stadt oder auf dem Land abhängen, dass man gut und günstig mobil ist.

Für eine linke, sozialökologische Mobilitätswende ist somit ein Systemwechsel in drei Bereichen notwendig: erstens in der Entwicklung unserer Städte und Gemeinden, zweitens bei der Finanzierung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs und drittens in der Automobilwirtschaft.

Städte und Gemeinden müssen in Zukunft zu Städten der kurzen Wege umgebaut werden. Alle notwendigen Dinge des Lebens sollten in wenigen Minuten erreicht werden. 5 Minuten zu Fuß, 10 Minuten mit dem Rad und 15 Minuten mit Bus oder Straßenbahn. Wohnen, arbeiten, einkaufen rücken zusammen. Innenstädte werden zu autofreien Zonen umgebaut, lebenswert mit mehr Platz für Kinder und ältere Menschen. Fahrspuren werden für den Rad- und Busverkehr umgewidmet.

Der öffentliche Nahverkehr bildet das Rückgrat einer sozial-ökologischen Mobilitätswende. Das Angebot muss massiv ausgebaut werden, vor allem in ländlichen Regionen. Sonst ist ein Umstieg vom privaten Auto hin zum ÖPNV kaum möglich. Die Ticketpreise für Bus und Bahn müssen stark sinken, kurzfristig für maximal 1 Euro am Tag, langfristig hin zu einem kostenlosen Nahverkehr. Das 9-Euro-Ticket hat gezeigt was möglich ist. Und es muss mehr Personal ausgebildet und eingestellt werden, welches besser bezahlt wird.

In einer aktuellen Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Titel „Spurwechsel - Studien zu Mobilitätsindustrien, Beschäftigungspotenzialen und alternativer Produktion“ wird dabei vorgerechnet, dass mit einer klimagerechten

Mobilitätswende viele neue und zusätzliche industrielle Jobs entstehen können.

Wenn wir den Umstieg zu mehr Bus, Bahn, Fern- und Güterverkehr auf der Schiene schaffen, dann eröffnet sich laut Studie ein großes wirtschaftliches Potenzial. Es braucht mehr S-Bahnen, Regional- und Fernzüge, E-Bussysteme, E-Oberleitungen, neue Leitsysteme, Schienen, Werkstätten, Lastenräder und E-Bikes. Es wird deutlich, dass eine Mobilitätswende, die soziale und ökologische Aspekte gleichermaßen umsetzt, weiterhin viele Arbeitskräfte und Personal braucht.

Die Studie hat konkret berechnet, dass auch bei einer Halbierung der Automobilproduktion und bei einer gleichzeitig steigenden Fahrgastzahl im Nah- und Fernverkehr über 400.000 neue Arbeitsplätze entstehen können. Ein Großteil davon weiterhin als unent-

behrliche Industriearbeitsplätze.

Eine soziale und ökologische Mobilitätswende ist möglich. Die Ampelkoalition weist hier sehr viele Lücken auf. DIE LINKE sollte ihre Rolle als Opposition innerhalb und außerhalb des Parlaments nutzen und in diese Lücke vorstoßen. Langfristig werden die Hoffnungen in die Grünen in der Bundesregierung verpuffen. Das haben wir in Baden-Württemberg erlebt. Es ist unsere Aufgabe als LINKE an der Seite der Beschäftigten der Automobilindustrie und an der Seite der Klimabewegungen zu stehen für eine sozial und ökologische Mobilitätswende.

*(Bernd Riexinger war von 2012 bis 2021 Bundesvorsitzender der Partei DIE LINKE. Im Jahr 2020 hat er im VSA-Verlag das Buch „System Change - Plädoyer für einen linken Green New Deal - Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können“ veröffentlicht.)*

**Bernd Riexinger, Sprecher für nachhaltige Mobilität, Bundestagsfraktion DIE LINKE**

## Bernd Riexinger, Redeauszug, 7. Juli im Deutschen Bundestag:

Wer so krampfhaft (wie die Unionsparteien) das Bestehende fortsetzen will, sichert auch keine Arbeitsplätze. Schon heute werden massenhaft Arbeitsplätze abgebaut, trotz Rekordgewinnen der großen Automobilkonzerne. Dabei trifft es am härtesten die Zulieferer. Ich wohne in einer Automobilregion. Namhafte Zulieferer, haben ihre Produktionsstandorte bereits nach Osteuropa verlagert und Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet. Müsste das Desaster an den Flughäfen nicht zur Erkenntnis führen, dass staatliche Gelder nicht zur Arbeitsplatzvernichtung genutzt werden dürfen sondern im Gegenteil an den Erhalt von Arbeitsplätzen und Standorten geknüpft werden müssen. Alles andere ist doch absurd.

Allein die Elektromotorisierung wird bis zu zweihunderttausend Arbeitsplätze kosten. Deshalb reicht es nicht, nur bestehende Arbeitsplätze zu schützen. Es müssen neue geschaffen werden. Die Verdoppelung des ÖPNV und Ausbau der Bahn würde bis zu 400.000 neue Arbeitsplätze im industriellen Bereich schaffen. In den Automobilregionen auch Elektrobusse, emissionsfreie Kleinbusse, Bahnzubehör, ÖPNV Ausrüstung zu bauen wäre zukunftsorientiert. Dafür brauchen wir den Umbau der Automobilregionen in Regionen der Mobilitätsindustrie. Dazu braucht es eine starke Beteiligung von Belegschaften, Betriebsräten und Gewerkschaften, die gute Arbeit und wirksamen Klimaschutz gleichermaßen voranbringt. Ihr (an die Unionsfraktion gerichtet) Antrag leistet dazu keinen Beitrag, deshalb lehnen wir ihn ab.

## Für ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch kämpfen!

Der §219<sup>a</sup> Strafgesetzbuch stellte seit 1933 die sogenannte „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ unter Strafe. Er überlebte den Nationalsozialismus und kriminalisierte damit Ärzt\*innen, die - weit davon entfernt Werbung für oder gegen einen Abbruch zu machen - medizinische Informationen über Schwangerschaftsabbrüche bereitstellten. Dieser Paragraph ist nun endlich Geschichte! Dass die Streichung am 24. Juni 2022 im Bundestag angenommen wurde, ist ein großer Erfolg der feministischen Bewegung, die seit der Verurteilung der Gießener Ärztin Kristina Hänel im Jahr 2017 für die Streichung gekämpft hat.

### Nach dem §219a muss auch der §218 gestrichen werden!

Obwohl Schwangerschaftsabbrüche zu den am häufigsten durchgeführten gynäkologischen Eingriffen zählen, stehen sie in Deutschland noch immer grundsätzlich unter Strafe. Der Paragraph 218 StGB stammt noch aus der Kaiserzeit, seit den 1990er Jahren ist eine Abtreibung unter bestimmten Voraussetzungen straffrei, grundsätzlich erlaubt sind sie allerdings nicht. Und das hat folgenreiche Auswirkungen: Abtreibungen sind nicht Teil der medizinischen Ausbildung und immer weniger Gynäkolog\*innen führen diese durch. Die wenigen Ärzt\*innen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, stehen häufig vor dem Ruhestand oder arbeiten noch aus dem Ruhestand heraus. Dazu kommt der Druck von Abtreibungsgegner\*innen, die in den letzten Jahren immer lauter und aggressiver vor Kliniken demonstrieren. Die medizinische Versorgungslage ist daher schon lange nicht nur in sehr ländlichen Regionen schlecht. In Baden-Württemberg gibt es nur 60 Ärzt\*innen und elf Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, in 14 von 44 Landkreisen gibt es gar keine Ärzt\*in oder Klinik. In den Kliniken in den den großen Städten wie Mannheim,

## Abschaffung §218 muss folgen



Heidelberg, Karlsruhe, Stuttgart oder Freiburg werden keine Abbrüche nach der Beratungsregelung vorgenommen (Quelle: profamilia, Stand: 2019).

Die grundsätzliche Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen führt aber nicht nur zu einer immer schlechter werdenden Versorgungslage, sondern kriminalisiert die freie Entscheidung für oder gegen die Fortsetzung einer Schwangerschaft und die körperliche Selbstbestimmung von schwangeren Personen. Diese patriarchale Gesetzgebung weist Frauen ihren Platz in der Gesellschaft als Mütter zu. Als Feminist\*innen kämpfen wir dafür, dass „My Body, my Choice“ endlich zur Realität wird. Für eine freie Entscheidung für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch muss der §218 fallen. Als Sozialist\*innen ist uns klar, dass das alleine nicht reicht:

„Die grundsätzliche Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen führt aber nicht nur zu einer immer schlechter werdenden Versorgungslage, sondern kriminalisiert die freie Entscheidung für oder gegen die Fortsetzung einer Schwangerschaft und die körperliche Selbstbestimmung von schwangeren Personen. Diese patriarchale Gesetzgebung weist Frauen ihren Platz in der Gesellschaft als Mütter zu.“

Finanzielle Absicherung, gute öffentliche Kinderbetreuung, kinderfreundliche Arbeitsverhältnisse und ein Rentensystem, das Mütter nicht in die Altersarmut schickt, sind ebenfalls Voraussetzungen für eine freie Entscheidung wie sichere und legale Abtreibungen.

**Am 28. September ist der Internationale Safe Abortion Day.** Der Erfolg, dass der §219<sup>a</sup> gestrichen wurde, sollte uns jetzt ein Ansporn sein, weiter für die Streichung des §218 zu kämpfen. International zeigen starke feministische Bewegungen wie in Argentinien, dass Erfolge möglich sind. Die Verschärfung der Abtreibungsgesetze in Polen und den USA führen uns aber auch vor Augen, dass reaktionäre Kräfte gegen körperliche Selbstbestimmung immer stärker werden. Lasst uns deshalb auch als DIE LINKE in Baden-Württemberg am 28. September sichtbar für ein Recht auf Schwangerschaftsabbrüche auf die Straße gehen. Mehr Informationen zum Safe Abortion Day auf: <https://safeabortionday.no-blogs.org/>

Die Verschärfung der Abtreibungsgesetze in Polen und den USA führen uns aber auch vor Augen, dass reaktionäre Kräfte gegen körperliche Selbstbestimmung immer stärker werden. Lasst uns deshalb auch als DIE LINKE in Baden-Württemberg am 28. September sichtbar für ein Recht auf Schwangerschaftsabbrüche auf die Straße gehen. Mehr Informationen zum Safe Abortion Day auf: <https://safeabortionday.no-blogs.org/>

**Lisa Neher,**  
Landesfrauenbeauftragte

Am 30. und 31. Juli (nach Redaktionsschluss und Drucklegung des Landesinfo) fand in Karlsruhe die zweite Landesfrauen\*konferenz der LINKEN in Baden-Württemberg statt. Einen Bericht zu dieser Konferenz findet Ihr auf [www.die-linke-bw.de](http://www.die-linke-bw.de)



## Die Landes-AG Polizei und Sicherheitsbehörden

Wir erstellen Informations- und Bildungsmaterial zur Arbeit der Polizei, zur Arbeit des Verfassungsschutzes und der privaten Sicherheitsdienste. Außerdem analysiert die LAG die sicherheitspolitische Arbeit der Landesregierung und unterstützt den Landesvorstand bei der politischen Bewertung entsprechender Gesetze und Verordnungen. Dazu gehört es auch, dem konservativen Narrativ des Widerspruchs von Freiheit und Sicherheit eine andere Begrifflichkeit von Sicherheit entgegenzusetzen. Die LAG setzt sich zum Ziel, die aktuellen Debatten aufzuarbeiten und konzeptionell in die Partei einzubringen.

Kontakt: [linkepolizeiag@dielinke-bw.de](mailto:linkepolizeiag@dielinke-bw.de)

Einen Überblick über alle unsere Landesarbeitsgemeinschaften, findest du unter: <https://www.die-linke-bw.de/partei/lags/>

## DIE LINKE: für ein Antidiskriminierungsgesetz in Baden-Württemberg

Das Land Baden-Württemberg wird in der kommenden Legislaturperiode ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) auf den Weg bringen. Wir beteiligen uns in einem breiten Bündnis an der inhaltlichen Ausarbeitung des Gesetzes.

Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz werden bestehende Schutzlücken besonders in Bereichen des staatlichen Handelns geschlossen und damit der gleiche Diskriminierungsschutz gewährleistet, der bereits im Arbeits- und Zivilrecht besteht. Dies betrifft beispielsweise den Bildungsbereich (Schulen und Hochschulen), Behörden und Ämter wie das Finanzamt, das Gesundheitsamt, das Bürger\*innen-Büro oder die Ausländerbehörde, sowie die Landespolizei und kommunale Polizeibehörden.

Für die konkrete inhaltliche Ausgestaltung eines LADG in Baden-Württemberg ist eine Beteiligung von Beratungsstellen und Betroffenenverbänden unabdingbar. Nur ein Prozess, der die Stimmen von zivilgesellschaftlichen Akteuren einbezieht, garantiert ein LADG, das an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert ist.

Im Herbst 2021 wurde das Bündnis für ein LADG gegründet, um das Gesetzgebungsverfahren kritisch zu begleiten. Dieses Bündnis hat im November und Dezember 2021 zwei Beteiligungsworkshops durchgeführt. Ziel war, mit einer brei-

ten Beteiligung aus zivilgesellschaftlicher und aktivistischer Perspektive einen Forderungskatalog zu erarbeiten. Das Ergebnis: Das Bündnis hat ein gemeinsames Positionspapier formuliert, das den jeweiligen Organisationen zum Mitunterzeichnen

weitergeleitet wurde. Über 150 Verbände, Initiativen und Institutionen und 1300 Einzelpersonen haben diesen Aufruf für ein Landesantidiskriminierungsgesetz in Baden-Württemberg unterschrieben.

Obwohl es anfangs den Anschein hatte, dass es noch länger dauern würde, soll das Gesetzgebungsverfahren noch in diesem Jahr laufen und beim Innenministerium angesiedelt werden. Das Land wird vermutlich dieses Jahr offiziell das Beteiligungsverfahren starten. Dieses Beteiligungsverfahren wird von den teilnehmenden Verbänden, Initiativen, Institutionen gemeinsam vorbereitet. DIE LINKE. Baden-Württemberg ist von Anfang an den Vorbereitungen beteiligt und arbeitet im



Koordinierungskreis mit.

Wir werden den Prozess weiterhin begleiten und uns weiter in das Bündnis einbringen, da uns die Notwendigkeit dieses Gesetzes bewusst ist. Das Positionspapier des Bündnisses wird voraussichtlich im September veröffentlicht. Weitere Unterzeichner\*innen sind dann herzlich Willkommen.

**Aynur Karlikli, stellvertretende Landessprecherin**

## Das Bündnis „Nouvelle Union Populaire Écologique et Sociale“ und der (Wieder-)aufstieg der französischen Linken

Während sich in Deutschland die Linke derzeit in einer mühsamen Phase der Selbstbeschäftigung und Neustrukturierung befindet, ist die französische Linke uns einen großen Schritt voraus. Haben viele politische Beobachter:innen Anfang April noch einen Zweikampf zwischen Emmanuel Macron und Marine Le Pen um die französische Präsidentschaft vorhergesehen, endete die erste Runde des Präsidentschaftswahlkampfes mit einem Ausrufezeichen. Zwar gelangen beide Mitte-Rechts Politiker:innen der knappe Sprung in die zweite Runde, doch lag Jean Luc Melenchon, der Kandidat der französischen Linken, mit 22 Prozent lediglich 1,2 Prozentpunkte hinter Le Pen. In diesem Zusammenhang erwähnenswert ist, dass im Vorfeld der Wahl sowohl die Pariser Bürgermeisterin und Sozialisten-Kandidatin Anne Hidalgo (1,75%), als auch Grünen-Kandidat Yannick Jadot (4,63) sowie der Kommunist Fabien Roussel (2,28) immer wieder deutlich gemacht haben: Sie werden für

Melenchon keinesfalls ihre Kandidatur zurückziehen. Anders gesagt Eine vereinte Linke hätte bereits im ersten Wahlgang mit einem sozial-ökologischen Gegenentwurf zum rechten und wirtschaftsliberalen Modell der Gegenkandidat:innen, zumindest Rechtspopulistin Le Pen mit großer Wahrscheinlichkeit den Einzug in den zweiten Wahlrunde verderben können. Letztendlich schien die Zeit für ein Zusammengehen der gesellschaftlichen Linke noch nicht reif. Zu groß waren erneut die Verwerfungen und Vorwürfe zwischen den Reihen, eine Zusammenarbeit ausgerechnet unter dem Dach des Volkstribuns Melenchon – für viele weiterhin undenkbar. Doch nur wenige Wochen später, wurde das scheinbar unmöglich doch möglich.

Im Vorfeld der anschließenden Parlamentswahlen gelang es Melenchon nach kurzen und zähen Verhandlungen doch noch mit der Nouvelle Union Populaire Écologique et Sociale“

(„Neue ökologische und soziale Volksunion“) eine gemeinsame linke Wahlallianz zu initiieren. Am Tag der Arbeit traten die Parteien „La France Insoumise“, „Parti Socialiste“, „Parti communiste français“, „Europe Écologie – Les Verts“, „Ensemble!“, „Génération.s“ und weitere kleinere Parteien dem Linksbündnis bei. Eine breite Linksallianz hatte sich gebildet, die im Juni die Parlamentswahl in Frankreich gewinnen wollte. Zu den gemeinsamen Zielen gehörten u.a. die Anhebung des Mindestlohns auf 1.500 Euro pro Monat, die Deckelung der Preise für Grundnahrungsmittel, eine Herabsetzung des Renteneintrittsalters von derzeit 62 Jahren auf 60 sowie die Gründung einer Sechsten Republik mit einer Abkehr vom bisherigen präsidentiellen Politiksystem. Das kurzfristige Hauptziel der NUPES war es, Macrons Agenda für seine zweite Amtszeit zu verhindern, und den gerade wiedergewählten Präsidenten in eine Art gemeinsame Regierung zu zwingen. „Eine andere Welt ist immer noch möglich“, beschrieb ein Slogan der NUPES ihr Vorhaben.

Die über 500 Kandidat:innen des Bündnisses versuchten den Wähler:innen zu vermitteln, dass es allein in ihrer Hand liegt, Mélenchon zum Premierminister zu machen und eine uneingeschränkte Regierungsmacht Macrons doch noch zu verhindern. Der neuen linken Allianz schlug jedoch vonseiten



weiter Teile der politischen Klasse und Medien sofort Gegenwind entgegen. Doch gerade diese Versuche zeigten, dass sich die wirtschaftsliberalen Eliten um Macron durch die neue Linksallianz NUPES herausgefordert fühlten. Nach einem hart geführten Wahlkampf endet die Wahl zwar nicht mit einem

Sieg der Linken, aber als am Abend um 20 Uhr die ersten Hochrechnungen vorlagen, hatte die französische Linke dennoch Grund zur Freude. Emmanuel Macron, der erst vor knapp 2 Monaten zum Präsidenten wiedergewählt worden war,

verlor seine Mehrheit im Parlament. Die Mehrheit der französischen Bevölkerung entzog ihm das Vertrauen. NUPES wurde mit 141 Sitzen zur wichtigsten oppositionellen Kraft. Dabei errang die französische Linkspartei, La France Insoumise, 72 Sitze – ein Zuwachs von 55 Sitzen. Damit hat die Partei jetzt so viele Sitze wie alle Mitte-links-Parteien bei der letzten Wahl vor fünf Jahren zusammen gewinnen konnten. Im neuen Parlament wird es nun darum gehen, die NUPES-Parteien in einer Art Front als stärkste Opposition gegen Macron zusammenzuhalten und die Unzufriedenheit der Franzosen mit einem für viele abgehobenen Präsidenten, in dauerhafte Organisation umzuwandeln.

**Alexander Relea-Linder,**  
Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand

## Kolumbien: Hoffnung auf Frieden und soziale Gerechtigkeit

Erstmals in der Geschichte Kolumbiens hat ein linker Kandidat die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Gustavo Petro, ehemaliges Mitglied der M19-Guerilla, wird gemeinsam mit der Vizepräsidentin Francia Marquez am 7. August die Amtsgeschäfte übernehmen. Sein progressives Wahlbündnis „Pacto Histórico“ (historischer Pakt) hat maßgeblich zu diesem Erfolg beigetragen. Gustavo Petro konnte gerade bei jungen Menschen, Frauen, sowie sozial marginalisierten Gruppen im zweiten Wahlgang viele Stimmen dazu gewinnen.

Es ist kein spontaner Sieg, sondern das Ergebnis jahrelanger Kämpfe und Mobilisierungen der sozialen Bewegungen, Toter und Massaker, von Streiks und Protesten, Verschwundenen und Vertriebenen, Ungerechtigkeit und Verfolgung. Maßgeblich mobilisiert wurden gerade arme Jugendliche seit dem großen wochenlangen Streik im Frühjahr 2021, der Hunderttausende im ganzen Land auf die Straßen brachte und mit brutaler Polizei- und Militärrepression niedergedrückt wurde. Mindestens 40 Todesopfer sowie fast 6000 Verletzte und hunderte Verschwundene waren zu beklagen ohne bisherige strafrechtliche Verfolgung der Täter aus dem Bereich der Polizei-Spezialeinheit Esmad, dem Militär und paramilitärischen Strukturen. Die Gewalt in Form von gezielten Morden, Einschüchterung, Verschwindenlassen hält in vielen Regionen bis heute an. Dazu kommen seit Abschluss des Friedensabkommens 2016 gezielte Morde an mehr als 327 ehemaligen FARC-Guerilla Kämpfern, sowie über 1400 AnführerInnen indigener und afrokolumbianischer Gemeinden sowie soziale AktivistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen. Allein in diesem Jahr wurden bereits fast 80 AktivistInnen gezielt ermordet. Dies wird eine der zentralen Aufgaben und schwierigsten Herausforderungen der neuen Regierung von Petro sein: die Straflosigkeit staatlicher

„Petro bekräftigt bereits, die Sicherheitskräfte zu entmilitarisieren und in der Verfassung verankerte Rechte auf Nahrung, Bildung und Rente zu garantieren. Er rief dazu auf, die Gesellschaft nicht weiter zu spalten, sondern in einen nationalen Dialog über das Ende der politischen Gewalt einzutreten.“



*Gustavo Petro; hier noch als Bürgermeister Bogotás*

und paramilitärischer Gewalt zu beenden, soziale Bewegungen und Gemeinden in den Regionen zu schützen und das von der Vorgängerregierung Duque sabotierte Friedensabkommen vollumfänglich umzusetzen.

Frieden in Kolumbien heißt: Frieden mit den bewaffneten Gruppen in Kolumbien, Frieden durch die Aufnahme eines Dialogs mit der künftigen (und bereits bestehenden) Opposition und Frieden als soziale Gerechtigkeit, Landreform und ein neues Entwicklungsmodell für die ländlichen Regionen. Kolumbien gilt als das Land mit der größten sozialen Spaltung Lateinamerikas, fast 40% der Menschen leben in Armut.

Petro bekräftigt bereits, die Sicherheitskräfte zu entmilitarisieren und in der Verfassung verankerte Rechte auf Nahrung, Bildung und Rente zu garantieren. Er rief dazu auf, die Gesellschaft nicht weiter zu spalten, sondern in einen nationalen Dialog über das Ende der politischen Gewalt einzutreten. Dazu traf er sich bereits mit dem rechtsextremen „Paten“ paramilitärischer Strukturen, dem ehemaligen Präsidenten Uribe. Gustavo Petro kündigte zudem die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen mit der ELN-Guerilla in Havanna an, die seit Jahren blockiert wurden.

Die Besetzung seines neuen Kabinetts ist ebenso eindrucksvoll und auch für mich bewegend: Kulturministerin soll die langjährige Theaterdirektorin und ehemaliges Union Patrioticá-Mitglied Patricia Ariza werden. Seit 1989 besuchte ich mit

## LINKE bei der HDP

Am Sonntag, den 3. Juli 2022 hielt die HDP ihren 5. Parteitag in Ankara ab. Wir hatten vereinbart, dass ich letztmalig DIE LINKE in meiner nun ausgelaufenen Funktion als stellvertretender Vorsitzender dort vertrete. Der Parteitag der HDP fand in einer für die demokratische Opposition in der Türkei, für die kurdische Bevölkerung und für die HDP sehr kritischen Situation statt.

Die derzeitigen völkerrechtswidrigen Angriffe der Türkei im Irak und in Nordsyrien / Rojava werden immer stärker ausgeweitet. Die „Absetzung“ von gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern vieler Städte und Gemeinden und ihre Ersetzung durch AKP-treue „Verwalter“ insbesondere in den kurdischen Gebieten geht in einem fort. Auch werden immer weiter Erdogan-unliebsame Menschen festgenommen und unter dem Vorwurf der Terrorunterstützung mit zum Teil mehrfach lebenslänglichen Strafen in Gefängnisse geworfen, in denen auch Folter stattfindet. Der ehemalige HDP-Vorsitzende Selahattin Demirtaş ist bis heute im Gefängnis.

Zugleich lag zum Parteitag der HDP seit wenigen Tagen das Memorandum vom NATO-Gipfel für einen Beitritt Schwedens und Finnlands in die NATO vor. De facto werden nun Menschen mit kurdischem und türkischem Migrationshintergrund, die Erdogan auf seine Terrorliste gepackt hat, an das türkische Folterregime ausgeliefert.

Und: Die HDP steht wohl vor einem Verbot, will doch Erdogan bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2023 seine Macht festigen. Ein Verbot der HDP wäre dafür die Voraussetzung. Das bedeutet aber noch mehr Repression, schon heute mussten viele ehemalige Amts- und Mandatsträger der HDP ins Ausland, insbesondere nach Deutschland, fliehen.

Der Parteitag der HDP war kein Diskussionsparteitag. Es waren mindestens 30.000 Menschen in und außerhalb der Halle in Ankara, die Polizeikontrollen zur Halle über sich ergehen lassen mussten. Die beiden derzeitigen HDP-Vorsitzenden hielten Reden und die internationalen Delegationen waren aufgefordert Grußworte zu halten.

Nachdem es unser neuer Vorsitzender Martin Schirdewan kurzfristig einrichten konnte, auch zum HDP-Parteitag zu kommen, hielt er die viel beachtete und mit viel Beifall aufge-

Henning Zierock mehrfach Friedensgemeinden in Kolumbien und auch Patricia Ariza, die über viele Jahre Morddrohungen ausgesetzt war und teilweise mit kugelsicherer Weste auf der Bühne stand. Mit ihrer Ernennung wird auch an den „Genozid“ an tausenden ermordeten Mitgliedern der linken Partei Union Patrioticá erinnert.

Nun wird es auch darauf ankommen, ob die USA die Politik der neuen Regierung durch ihre massive Militärpräsenz im Land sabotieren wird oder nicht. Die Bundesregierung ist aufgefordert, das als geheim eingestufte skandalöse Militärabkommen von 2021 zu beenden und auch die neu abgeschlossenen Lieferverträge für Steinkohle aus Kolumbien zu stoppen, deren Förderung mit massiven Menschenrechtsverletzungen verbunden ist.  
**Heike Hänsel, KV Tübingen**

„Der HDP stehen harte Zeiten bevor, wir sind zu ernsthafter Solidarität aufgefordert. Wir müssen sagen, wenn es zu einem Verbot der HDP kommt, dass wir das auch als Angriff auf DIE LINKE verstehen“

nommene Solidaritätsrede für DIE LINKE. DIE LINKE war als erste der internationalen Delegationen aufgerufen worden, zum HDP-Parteitag zu sprechen.

Schön war, dass Feleknaş Uca, mit mir in der gleichen (PDS-später LINKE)-Delegation von 2004 - 2009 Europaabgeordnete, dann später Abgeordnete des türkischen Parlaments und seit einiger Zeit stellvertretende Vorsitzende der HDP zuständig für Internationales, bei der LINKEN-Delegation war. Felek kümmerte sich eindrucksvoll um die internationalen Gäste.

Ebenfalls vor Ort war Franziska Stier diesmal ohne Hund, die inzwischen für das lokale linke Parteienbündnis Basta in Basel arbeitet und es in Ankara vertreten hat. Mit dabei bei der LINKEN-Delegation auch Hakan Tas, seit Jahren ein verlässlicher Akteur, wenn es um die kurdische Sache geht. Es sprachen auch eine Reihe von Vertreter\*innen linker Parteien aus dem Nahen Osten und globalen Süden. Ein Blickwinkel, der zu häufig vergessen wird.

Politisch durchaus wichtig war, dass auch Vertreter\*innen der Sozialdemokrat\*innen und Grünen aus europäischen Staaten und vom europäischen Parlament Grußworte gesprochen haben. Wer gänzlich durch Abwesenheit glänzte, waren Bündnis 90 / Die Grünen aus Deutschland. Naja, Annalena Baerbock trifft sich ja lieber mit dem türkischen Außenminister Cavusoglu um die „starke deutsch-türkische Partnerschaft“ zu feiern, um in der „Russland-Krise“ „zusammenzustehen“.

Der HDP stehen harte Zeiten bevor, wir sind zu ernsthafter Solidarität aufgefordert. Wir müssen sagen, wenn es zu einem Verbot der HDP kommt, dass wir das auch als Angriff auf DIE LINKE verstehen. Leider ist die Rolle Deutschlands gegenüber der Türkei von zentraler Bedeutung. Die Ampelregierung führt die repressive Politik insbesondere gegen linke türki-

sche und kurdische Strukturen auch hierzulande ihrer Vorgängerregierung unverdrossen fort. Wir LINKE müssen dem unsere Solidarität entgegensetzen. Die Teilnahme auf dem HDP-Parteitag war hier nur ein kleiner erster Schritt, weitere Schritte sind nötig.

**Tobias Pflüger, KV Freiburg**



*Tweet von Ziya Pir, ehemaliger HDP-Abgeordneter für Diyarbakir, in Biberach aufgewachsen. Bild mit Hakan Tas, Nora Friese Wendenburg (Mitarbeiterin von Martin Schirdewan), die Übersetzerin der HDP und Tobias Pflüger. Foto ist während der Rede von Martin Schirdewan.*

## Bundesparteitag: Wichtige Signale aus Erfurt

Am 24.-26.6. fand der Bundesparteitag in Erfurt statt. Angesichts der letzten Wahlergebnisse und der aktuellen innerparteilichen Diskussion wurde diesem Parteitag mit Spannung entgegenschaut. Dieser Parteitag hat einige strittige Fragen geklärt und es wurden klare Entscheidungen gefällt.

Aus Baden-Württemberg sind wir mit 32 Delegierten angereist und haben uns in die Diskussionen eingebracht. Zudem waren wir im Präsidium, in der Antragskommission und der Mandatsprüfung vertreten. Wir haben produktiv rund um den Krieg in der Ukraine und wie eine moderne Friedenspolitik aussehen muss debattiert, der entsprechende Leitantrag L03 wurde beschlossen (aufgrund der hohen Anzahl an Änderungsanträgen und der ausführlichen Debatte, findet sich dieser Antrag wie beschlossen auch am Ende des Landesinfos dokumentiert). Als LINKE setzen wir hier ein klares Signal: Wir stehen an der Seite der Menschen in der Ukraine. Als Partei des Friedens und des Völkerrechts lehnen wir das massive Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung ab. Statt 100 Milliarden Euro in Rüstungskonzernen zu versenken wollen wir in gute Bildung und Gesundheit investieren.

Ebenfalls intensiv debattiert wurde der Umgang mit Sexismus in der Partei. Es gab u.a. eine sehr gute Diskussion im Frauen\*/Flinta Plenum und es wurde der Antrag für eine Feministische Erneuerung angenommen. Wir führen diese Debatte im Landesverband weiter. Der Landesvorstand hat hierzu bereits Schulungen und ein Awareness Team beschlossen, das derzeit in Gründung ist. Die Debatte zur reproduktiven Gerechtigkeit und zur Feminisierung der Partei wollen wir weiter voranbringen.

Ebenfalls beschlossen wurde der Leitantrag 01 (Gemein-

wohl vor Profit), der unser sozial-ökologisches Profil deutlich nachschärft. Das sind wichtige Signale, gerade in Zeiten explodierender Preise und einer sich verschärfenden Klimakrise. Wir stehen für den Ausbau des Nahverkehrs, für wirksame Entlastungen der Menschen bei den derzeit rasant steigenden Preisen, für das Festhalten am 1,5° Ziel. Unser Konzept für einen ökologischen Umbau würde hunderttausende neue und tariflich abgesicherte Jobs schaffen.

Neben den Leitanträgen und einer Reihe von Satzungsanträgen stand auch die Neuwahl des Parteivorstands an. Dieser wurde auf 26 Genossinnen und Genossen verkleinert. Wir gratulieren ganz herzlich Luigi Pantisano zu seiner Wahl und seinem hervorragenden Ergebnis – er bekam die meisten Stimmen auf der gemischten Liste. Wir bedanken uns auch für die Kandidaturen von Ellena Schumacher-Koelsch, Alexander Kautz und Jan Werner, die respektable Ergebnisse bekamen. Wir gratulieren Janine, Martin, Harald und Tobias und allen Gewählten im neuen Parteivorstand!

Nun gehen wir nach vorne und setzen diese Beschlüsse gemeinsam um. Die Preisexplosion setzt vielen Menschen zu und wird sich im Herbst verschärfen. Es braucht gerade jetzt eine starke LINKE, die klar und konsequent an der Seite der Menschen steht und sich für Umverteilung einsetzt.

(Newsletter DIE LINKE BaWü)

### Gelungener Parteitag

Im Vorfeld des BPT wurde strömungsübergreifend von einem Neuanfang der Partei geredet, zumeist ohne diese Phrase mit konkreten Ideen und Vorschlägen zu füllen. Entsprechend hat sich Jeder und Jede etwas anderes darunter vorgestellt. Somit war schon im Vorhinein ausgeschlossen, dass ein Neuanfang

„Es braucht gerade jetzt eine starke LINKE, die klar und konsequent an der Seite der Menschen steht und sich für Umverteilung einsetzt.“



Die Delegation der LINKEN Baden-Württemberg mit Martin Schirdewan in der Mitte

gelingen könnte, mit dem alle mitgehen würden. Dennoch möchte ich nach dem BPT eine insgesamt positive Bilanz ziehen. Insbesondere der zweite Teil zur Generaldebatte im Kontext der Vorwürfe über sexualisierte Gewalt und Sexismus am ersten Tag, habe ich anhand der geschilderten Vorfälle und Probleme als sehr bedrückend aber dennoch ehrlich, fair und solidarisch wahrgenommen. Es war wichtig diese Debatte zu führen und die Probleme in diesen Rahmen angemessen zu besprechen. Die zwei folgenden Tage waren vereinzelt geprägt von sehr polarisierenden und emotionalen Beiträgen einzelner Genoss\*innen. Auf den sozialen Medien wurden teilweise Nebenschauplätze aufgemacht und schwerwiegende Anschuldigungen gegenüber anderen Genoss\*innen unter Klarnamen verbreitet. Viele Delegierte berichteten im Nachgang, dass die Darstellungen auf den sozialen Medien ein völlig anderes Bild vom Parteitag zeichnen als das, was sie vor Ort erlebt haben. Dennoch blieb der Großteil der Wortbeiträge am Parteitag sachlich, respektvoll und am Inhaltlichen orientiert. Es wurde hart um die Sache debattiert, doch am Ende fassten wir kraftvolle und eindeutige Beschlüsse mit zumeist großer Mehrheit. Insbesondere vor dem Hintergrund meines persönlichen Fokus auf die Klimapolitik bin ich darüber dankbar das wir mit unserem Leitantrag die Beschäftigten in den Fokus des sozial-ökologischen Wandel stellen, uns weiterhin zu der 1,5

Grad Grenze bekennen und für einen Systemwandel kämpfen und einem neo-liberalen System widersprechen, welches auf Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt ausgerichtet ist. Weiterhin konnten wir wichtige Satzungsändernde Anträge beschließen, um auf die aktuellen Schwierigkeiten unserer Partei zu reagieren. (Weitere Beiträge zu den Leitanträgen an anderer Stelle hier im Landesinfo.) Außerdem haben wir einen sehr breit gefächerten Parteivorstand gewählt der neben zwei ausgezeichneten Vorsitzenden all unsere Themen durch das Personal miteinschließt. Die Strömung „sozialistische Linke“ zog ihre Kandidaturen kurzfristig zurück. Unter anderem die Kandidatur der aussichtsreichen ehemaligen Parteivorständin Frederike Benda, weshalb ich der im Nachhinein kursierenden Erzählung, es seien bedeutende Teile der Partei vom Vorstand ausgeschlossen worden, klar widersprechen möchte. Die Wahl unseres baden-württembergischen Kandidaten Luigi Pantisano mit dem besten Ergebnis auf der gemischten Liste hat mich sehr gefreut und sichert den Verbleib unseres Landesverbandes im Parteivorstand, da unsere anderen Kandidierenden aus BaWü leider nicht gewählt wurden. Aufgrund dieses diversen Vorstandes, dem meist respektvollen Miteinander und den großartigen Leitanträgen schaue ich auf einen gelungenen Parteitag zurück, der mein erster war.

**Sander Frank, Mitglied im Landesvorstand**

## „Wir müssen der Bundesregierung einen heißen Herbst bereiten“

**Interview mit Luigi Pantisano, neugewähltes Mitglied im Parteivorstand und stellv. Landessprecher**

Auf dem Bundesparteitag in Erfurt wurde ein neuer Parteivorstand gewählt. Zu einem Zeitpunkt, der von vielen als die tiefste Krise unserer 15-jährigen Parteigeschichte beschrieben wird. Gleichzeitig sind wir mit vielfältigen gesellschaftlichen Krisen konfrontiert, die eine starke LINKE nötiger denn je macht. Unser stellvertretender Landessprecher Luigi Pantisano wurde neu in den Parteivorstand gewählt. Wir haben mit ihm gesprochen, welche Herausforderungen er sieht und wie wir als Partei wieder erfolgreich werden können.

**Welche Schritte muss der neue Parteivorstand jetzt gehen, damit wir wieder als relevante Stimme für sozial-ökologische Gerechtigkeit wahrgenommen werden?**

Luigi: Erstmal möchte ich mich sehr für die Wahl in den Parteivorstand bedanken und ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit unseren beiden Vorsitzenden Janine Wissler und Martin Schir-dewan und den anderen Mitgliedern im Parteivorstand. Obwohl ich ein Neuling im neuen Vorstand bin, habe ich nicht so viel Zeit zur Einarbeitung, denn uns steht im wörtlichen Sinne ein kalter Winter bevor. Wir stehen als Parteivorstand in der Pflicht, Beschlüsse zu fassen, mit denen wir der Bundesregierung einen heißen Herbst bereiten können. Neben Forderungen wie einem Preisdeckel für Gas und der Fortführung eines günstigen Nahverkehrs nach dem 9 Euro Ticket müssen wir auch Strukturen vor Ort wieder beleben wie „DIE LINKE hilft“, damit wir Menschen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

**Wo siehst du dabei deine Aufgabe im neuen Parteivorstand?**

Luigi: Mir ist es wichtig, dass wir im neuen Parteivorstand die Beschlüsse von Parteitagen umsetzen und daraus konkrete Projekte und politische Linien ableiten. Darauf sollte auch die Zusammenarbeit zwischen Parteivorstand

„Daraus abgeleitet müssen wir noch mehr als wir es bisher machen auf Menschen direkt zugehen, das Gespräch suchen, Zuhören - an den Haustüren, im Betrieb und in Bewegungen.“

und Bundestagsfraktion basieren. Ein solcher Kompass wird sicher dabei helfen, uns nicht in internen Streitigkeiten zu verzetteln. Dazu möchte ich einen Beitrag leisten. Inhaltlich möchte ich mich in den Arbeitsschwerpunkten Antifaschismus, Kommunalpolitik und Wohnen einbringen und mit Kreisverbänden, Bewegungen und den zuständigen Abgeordneten der Bundestagsfraktion zusammenarbeiten. Beim Thema Wohnen möchte ich auch unsere landesweite Kampagne MIETEN RUNTER stark machen und unterstützen.

**Eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt, dass wir ein Wähler\*innenpotential von 18 Prozent haben. 54 Prozent der potentiellen Wähler\*innen wünschen**

**sich, dass DIE LINKE für mehr Sozialismus eintreten soll. Was könnte das konkret bedeuten?**

Luigi: In diesen Tagen ist von führenden Politiker:innen der Bundesregierung zu hören, dass die Menschen den Gürtel enger schnallen müssen, kürzer duschen und die Heizung abdrehen sollen. Gleichzeitig feiert Finanzminister Lindner öffentlich eine dekadente Hochzeit auf Sylt. Den Menschen muss wieder klar sein, auf welcher Seite wir stehen. Wir müssen an der Seite der Vonovia-Mieter:innen kämpfen, deren Heizung Nachts abgedreht werden soll und die



eine Mieterhöhung erhalten. Wir müssen an der Seite der Pflegekräfte stehen, die mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen fordern. Wir müssen uns als Partei an den bevorstehenden Protesten beteiligen und wo nötig selbst Proteste organisieren. Wenn Politiker:innen von oben herab nach den Ärmsten treten, dann stellen wir uns dazwischen und treten nach oben.

**Luigi, du hast vor zwei Jahren bundesweit für Schlagzeilen gesorgt, weil du bei der Oberbürgermeisterwahl in Konstanz nur ganz knapp den Einzug an die Rathaus-spitze verpasst hast. Im ersten Wahlgang hast du so-gar die meisten Stimmen erhalten. Was kann die Partei aus diesem Erfolg lernen?**

Luigi: Eine Oberbürgermeisterwahl kann nicht so einfach

auf andere Wahlen und Orte übertragen werden, dennoch gibt es Elemente meiner damaligen Kampagne von denen wir lernen können. Ein Grundstein meines Erfolges war das direkte Gespräch mit sehr vielen Menschen. Daraus abgeleitet müssen wir noch mehr als wir es bisher machen auf Menschen direkt zugehen, das Gespräch suchen, Zuhören - an den Haustüren, im Betrieb und in Bewegungen. Wir müssen Menschen in ihren alltäglichen Kämpfen vor Ort unterstützen und uns kontinuierlich verankern. Es braucht aber auch ein radikales sozial-ökologisches Programm, welches Menschen begeistert DIE LINKE zu wählen und noch wichtiger selber in unserer Partei mitzumachen. Ich kann es nur empfehlen: Werdet aktiv und verändert mit uns die Welt.

**Das Interview führte Lisa Neher, KV Stuttgart**

## Landesausschuss tagte in Karlsruhe

**Der Landesausschuss traf sich am 03.07. im Karlsruher DGB-Haus. Das war seit Oktober 2020 wieder das erste Präsenztreffen.**

Zu Beginn wurde mit einer Gedenkminute an die verstorbenen Genoss:innen Claudia Moosmann (Esslingen), Linda Behrisch (Heidelberg) sowie Jürgen Geiger (Konstanz, Mitglied Präsidium) erinnert.

Nach Berichten der Landesprecher:innen Sahra Mirow und Elwis Capece über den Bundesparteitag und dem Bericht der Landesgruppe im Bundestag von Gökay Akbulut fand die Generaldebatte statt. Die beschlossenen Positionen zur Friedensfrage und zur Klimapolitik, steigende Lebensmittelpreise, Mietsteigerungen, fehlende Mobilitätswende und astronomisch explodierende Energiekosten sind alles Felder, in denen DIE LINKE gebraucht wird. Hier können wir u.a. in der Auseinandersetzung um das 100 Mrd. Aufrüstungsprogramm mit anderen gesellschaftlichen Kräften gemeinsam viel erreichen. Dazu muss aber DIE LINKE und ihre Bundestagsfraktion in der Öffentlichkeit geschlossen auftreten.

Begrüßt wurden die Beschlüsse und Bemühungen, Sexismus, Übergriffe und Gewalt aufzuarbeiten, dafür Strukturen und unabhängige Anlaufstellen zu schaffen sowie dazu

**„Begrüßt wurden die Beschlüsse und Bemühungen, Sexismus, Übergriffe und Gewalt aufzuarbeiten, dafür Strukturen und unabhängige Anlaufstellen zu schaffen sowie dazu Bildungsarbeit und Schulungen zu etablieren.“**

Bildungsarbeit und Schulungen zu etablieren. Unser Landesverband hat bereits die ersten Schritte eingeleitet.

Ein dringender Wunsch war es auch, dass die Basis für eine solidarische Kommunikation untereinander erneuert wird. Viele Delegierte drückten die Hoffnung aus, dass der neue Parteivorstand integrierend wirkt und dass die Bundestagsfraktion eng mit der Partei abgestimmt zusammen-

arbeitet. Die Delegierten waren sich aber auch einig, dass Zusammenhalt und Aufbruch in den eigenen Reihen gemeinsam und solidarisch von der Basis aus, angegangen werden muss.

Im weiteren Verlauf wurden die Projekte des Landesverbandes vorgestellt: Mietenkampagne,

regionaler Parteiaufbau und ländlicher Raum, Bildungsarbeit, Frauen\*konferenz, U35-Konferenz usw.

Der nächste Landesausschuss wird im Oktober 2022 stattfinden. Als Themenblöcke sind dann vorgesehen: Mietenkampagne, Kommunalwahlen.

Gewählt wurde ein neues Präsidium des Landesausschusses: Kim Sophie Bohnen (KV Heidelberg-Badische Bergstraße), Britta Höpken (KV Freiburg), Dagmar Uhlig (LAG's), Rudolf Bürgel (LAG's) und Thomas Hanser (KV Calw).

**Präsidium Landesausschuss**

## Awareness-Team in Aufbau

**Der Landesverband hat den Aufbau eines Awareness-Teams beschlossen, welches Anlaufstelle für Menschen sein soll, die in Parteienkontexten mit Diskriminierung, Machtmissbrauch oder Grenzüberschreitungen konfrontiert sind und den Betroffenen solidarisch zur Seite steht - sei es per Mail, in Gesprächen oder auf Parteiveranstaltungen. Des Weiteren soll Präventions- und Aufklärungsarbeit wichtiger Grundpfeiler der Arbeit des Teams sein.**

Die kommissarisch beauftragte Gruppe steht momentan im engen Austausch mit den LAGs und Landesbeauftragten, um gemeinsam zu klären, wie die zukünftige (Zusammen-)Arbeit gestaltet sein soll. Im Oktober soll die konstituierende Sitzung abgehalten werden, in welcher die zukünftigen Mitglieder von einer externen Stelle geschult werden.

Bis dahin haben die jetzigen Mitglieder des Awareness-Teams beschlossen gemeinsam eine vorläufige Konzeption weiter zu vertiefen und auch ein Selbstbild zu erarbeiten. Gleichzeitig wird mit einer Selbstschulung auf Basis gängiger Literatur zum Thema begonnen und das Awareness-Team strebt bis zur offiziellen Konstitution im Oktober zunächst monatliche Treffen an. Eine Teilnahme am Awareness-Team ist angedacht für alle Genoss:innen, welche Konzept und Selbstbild teilen, sowie zur regelmäßigen und verlässlichen Mitarbeit bereit sind. Sehr gerne können sich auch noch alle an einer Mitarbeit interessierten Mitglieder an das Awareness-Team wenden: [awareness@linke-bw.de](mailto:awareness@linke-bw.de)

Sobald ein konsensuales Konzept und Selbstbild erarbeitet wurde, wird es auch öffentliche Ansprechpartner:innen geben.



## **DOKUMENTIERT: Leitantrag L03 - Kriege und Aufrüstung stoppen. Schritte zur Abrüstung jetzt! Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität**

**An dieser Stelle wollen wir den besagten Leitantrag dokumentieren. Zu keinem anderen Antrag gab es so viele Änderungsanträge und eine so ausführliche Diskussion. Deswegen hat sich die Redaktion des Landesinfos dafür entschieden den Antrag in der auf dem Parteitag beschlossenen Fassung zu dokumentieren**

Wir leben in Zeiten von Krisen und Kriegen. Die völkerrechtswidrige Aggression Russlands gegen die Ukraine und die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Mächte bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und lokaler Kriege oder sogenannter Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit zu.

Viele Menschen haben Angst vor einer ungewissen Zukunft. Die Sehnsucht nach einfachen Antworten stärkt autoritäre und rechte Kräfte. In dieser gefährlichen geopolitischen Situation stellt DIE LINKE den Erhalt des Friedens in den Vordergrund ihrer Politik. Eine friedenspolitische, soziale und ökologische Wende ist dringend erforderlich!

Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands und die von Russland begangenen Kriegsverbrechen aufs Schärfste und setzen uns für eine Bestrafung der Verantwortlichen ein. Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die Widerstand leisten oder flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht unterstützen. Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf abzielt, den Einflussbereich der alten Sowjetunion wiederherzustellen. Es wird versucht, autoritäre Vasallen-Regime einzurichten oder – wo das nicht gelingt –, die Staaten zu destabilisieren, aufzulösen oder Territorien mit militärischer Gewalt und Krieg zu okkupieren. Kasachstan, Transnistrien, Georgien und die Niederschlagung der belarussischen Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab. Russland ist eines der geostrategischen Machtzentren im von fossilen Brennstoffen getriebenen Kapitalismus, in dem unterschiedliche

Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflussphären kämpfen, auch mit dem Mittel des Krieges. Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt. Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie.

DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir nehmen keine Verletzung des Völkerrechts hin. Wir stehen an der



Seite der Menschen, die sich gegen Unterdrückung und Abbau demokratischer Rechte, gegen Krieg und Ausbeutung für eine gerechte Welt einsetzen. Ihnen gelten unsere Solidarität und Unterstützung. Wir verteidigen die Menschenrechte, alle Menschenrechte an jedem Ort. Wir erkennen das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstverteidigung gegen den russischen Angriff entsprechend der UN-Charta Art. 51 an. Zur Beendigung des russischen Krieges gegen die Ukraine fordern wir den vollständigen Rückzug russischer Truppen aus der Ukraine und einen entsprechenden Waffenstillstand, der den Weg zu ernsthaften Friedensverhandlungen freimacht. Ein stabiler Friede ist nur zu erreichen, wenn die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine wiederhergestellt wird, die legitimen Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation und Rechte nationaler Minderheiten angemessen berücksichtigt werden. Dabei ist klar: Es braucht mehr als Appelle. Der Angreifer Russland muss an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Wir stehen für eine Politik, die Demokratie, Frieden und Völkerrecht mit zivilen Mitteln verteidigt und Alternativen zur militärischen Logik stark macht. Wir unterstützen den Widerstand gegen Diktatur und Krieg!

- Statt Rüstungsexporten und Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete – die eskalieren und in die falschen Hände geraten können – müssen nichtmilitärische Möglichkeiten erweitert werden: Sanktionen müssen sich gegen Putins Machtapparat und den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit zur Kriegsführung richten. Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung richten oder zur Verarmung im Globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.
- Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für das Einfrieren von Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen nachkommen. Ein Transparenzgesetz, das die Verschleierung von Vermögen erschwert, ist dringend notwendig. Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters, wie zum Beispiel von Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig. Außerdem braucht es ein zentrales, transparentes Immobilienregister.
- Es darf keine Verlängerung von Kohleabbau und -nutzung in Deutschland oder die Renaissance der Atomkraft geben. Preissteigerungen für Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass Strom und Heizung sowie Benzin für alle bezahlbar sind. Die Bundesregierung muss Sorge dafür tragen, dass es nicht zu einem sozioökonomischen Absturz in den betroffenen Regionen kommt.
- Wir fordern 100 Milliarden Euro für sozial-ökologische Energiesicherheit statt für Aufrüstung! Damit wollen wir in den nächsten vier Jahren Mittel für den Ausbau des Schienennetzes und des ÖPNV, Sanierungen im Gebäudebereich, für einen Energiepreisdeckel, Stärkung ökologischer Stadtwerke, der Rekommunalisierung der Netze und den Ausbau erneuerbarer Energien bereitstellen. Das hilft die europäischen Demokratien und ihre Wirtschaft langfristig unabhängig von fossilen Diktaturen zu machen. So schaffen wir nachhaltig Sicherheit durch einen sozial-ökologischen Umbau. Das Geld dafür ist da: Mineralölkonzern wie Shell haben ihren Gewinn um mehr als 100 Prozent gesteigert. Sie müssen zur Kasse gebeten werden, unter anderem durch eine Übergewinnsteuer.
- Wir solidarisieren uns mit dem Widerstand der ukrainischen Bevölkerung gegen den russischen Angriff. Unsere Solidarität gilt dabei insbesondere der ukrainischen Linken. Wir unterstützen direkte Aktionen des zivilen Ungehorsams in den russisch besetzten Gebieten.
- Wir schließen uns den Forderungen nach einem Schuldenschnitt für die Ukraine an, um einen Wiederaufbau nach dem Krieg zu ermöglichen und die Abhängigkeit der Ukraine von Kreditgeber\*innen zu verringern.
- Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die Möglichkeiten, den Import von fossilen Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken, müssen ausgenutzt werden. Auch den Import von umweltschädlichem Fracking-Gas lehnen wir ab. Es ist richtig, dass angesichts des Ukrainekrieges Nordstream 2 nicht in Betrieb genommen wird.
- Die gegenwärtigen Rekordgewinne im Geschäft mit Öl und Gas müssen abgeschöpft werden. Dafür hat DIE LINKE klare Vorschläge eingebracht.
- Preisdeckel für Gasimporte: Zwischen 2015 und 2020 lag der Gaspreis bei durchschnittlich 16 Euro pro Megawattstunde, gegenwärtig bei rund 100 Euro. Die gestiegenen Gaspreise führen zu Rekorderlösen in Russland und treiben gleichzeitig die Inflation in den importierenden Ländern an. Die Lieferung von russischem Gas ist jedoch an Pipelines gebunden, Lieferströme können deshalb nicht umgelenkt werden. Die Nachfragemacht der EU kann zur Deckelung des Gaspreises genutzt werden. Wir fordern: Eine Deckelung des Abnahmepreises auf das Vorkriegsniveau – das trifft Putins Kriegskasse und dämpft den Preisanstieg für Verbraucher\*innen und Industrie hierzulande.
- Russland ist mehr als Putin! Osteuropa besteht heute aus einer Vielzahl unabhängiger Staaten, die das Recht haben, über ihre Entwicklung souverän zu entscheiden. Trotz der russischen Aggression gegen die Ukraine wollen wir zivilgesellschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen in alle diese Länder erhalten, um uns damit dem wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. Wir wollen die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen, menschenrechtlich engagierten und linken Akteuren in Russland, der Ukraine und Belarus sowie den anderen osteuropäischen Ländern vertiefen. Wir stehen gegen Stimmungsmache gegen Russ\*innen und russischsprachige Menschen hierzulande und unterstützen progressive Kräfte gegen Putin.
- Geflüchtete, egal welcher Herkunft, müssen schneller und unbürokratischer aufgenommen werden. Dass das möglich ist, sieht man am Umgang mit den Geflüchteten aus der Ukraine. Dieser Umgang muss für alle Geflüchteten gelten. Das Asylbewerberleistungsgesetz gehört abgeschafft. Geflüchteten soll das Ankommen erleichtert werden, indem sie schnell dezentral untergebracht werden. Sie müssen schnell unabhängig von der Staatsangehörigkeit Arbeitsmöglichkeiten und das Recht auf Regelleistungen aus dem SGB II bekommen. Damit dies überall gelingt, sollen die Kosten innerhalb der EU gerecht verteilt werden. Kriegsdienstverweigerer\*innen und Deserteur\*innen müssen gleichermaßen das Recht auf Asyl wie Kriegsflüchtlinge erhalten.
- Die Ukraine war bereits vor dem Angriff Russlands das ärmste Land Europas. Um die soziale Lage der Menschen in der Ukraine nach dem Krieg zu verbessern, unterstützen wir die ukrainische Linke und Gewerkschaftsbewegung in ihrem Kampf gegen die neoliberale Reform des Arbeitsrechts auch und gerade in Kriegszeiten. Wir stehen an der Seite all derer, die für eine sozial gerechte Entwicklung der Ukraine streiten – ihnen gilt unsere Solidarität! Wir unterstützen die Forderung sozialer Bewegungen und der ukrainischen Gewerkschaften sowie verschiedener linker Parteien in Ostmitteleuropa nach einem Schuldenschnitt der ukrainischen Staatsschulden. Eine Bindung des Schuldenschnitts an Sozialkürzungen lehnen wir ab.
- Für den Machtkampf um die Ukraine müssen die Menschen auf der ganzen Welt einen hohen Preis zahlen. Die Menschen in der Ukraine werden getötet und vertrieben, aber auch die Bevölkerung Russlands leidet unter wirtschaftlichen Einschränkungen, die ausbleibenden Weizenlieferungen verschärfen die Hungersnöte und die höheren Heiz-, Lebensmittel- und Transportkosten in Deutschland treffen vor allem die finanzschwachen Menschen. Die Reduzierung russischer und der weitgehende

Ausfall ukrainischer Getreideexporte verschärft die Gefahr einer Hungerkatastrophe insbesondere in großen Teilen Afrikas, obwohl weltweit genügend Getreide verfügbar ist. Die expansive Preisspekulation mit Getreide an den Wareterminbörsen verhindert dessen Import in viele Länder. Börsenspekulanten und Handelsgesellschaften sind die einzigen Gewinner. Die Bundesregierung muss Sondermittel für das UN-Ernährungsprogramm zur Verfügung stellen und auf internationaler Ebene, in der UNO-Vollversammlung, umgehend eine Initiative ergreifen, um endlich wirksam gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln vorzugehen. Es sollen weniger Flächen für Tierfutterproduktion und Massentierhaltung verbraucht werden.

- Internationale Solidarität konkret machen! Solidarität ist mehr als Appelle: DIE LINKE und viele Linke sind aktiv in der Unterstützung von Menschen aus und in der Ukraine. Wir sammeln Spenden für ukrainische linke Organisationen, wir helfen beim Amt, bei der Wohnungssuche, beim Ankommen. Wir unterstützen die Menschen vor Ort.

### **Abrüstung statt Aufrüstung ins Grundgesetz**

Im Windschatten des Entsetzens über den Krieg betreibt die Bundesregierung eine Politik, in der die Solidarität mit den Menschen in der Ukraine für ein gigantisches Aufrüstungsprogramm missbraucht wird. Mit dieser Explosion der Rüstungsausgaben ist weder den Menschen in der Ukraine geholfen, noch werden damit Frieden und Sicherheit geschaffen. Einzig die Rüstungskonzerne profitieren. Mit dem beschlossenen »Sondervermögen« für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro wird das in der NATO vereinbarte Ziel, 2 Prozent des jährlich steigenden Bruttoinlandsproduktes für Rüstung auszugeben, übererfüllt. Die von der Bundesregierung verkündete »Zeitenwende« bedeutet nicht nur, dass Ressourcen vom Kampf für Klimaschutz und soziale Sicherheit verschoben werden zu mehr Militär. Die Verankerung des »Sondervermögens« (im Klartext: weitere Schulden) im Grundgesetz bedeutet, dass Aufrüstung Verfassungsrang erhält. Das widerspricht dem Friedensgebot des Grundgesetzes. Wir fordern stattdessen Abrüstung als Verfassungsziel. Wir schlagen der Friedensbewegung und allen Gewerkschaften und Sozialverbänden vor, dafür eine gemeinsame Initiative zu entwickeln und umzusetzen.

Die »Zeitenwende« wurde ohne gesellschaftliche Debatte verkündet. In ihren Wahlprogrammen hatten SPD und Bündnis 90/Die Grünen noch Abrüstung und mehr Geld für Entwicklung versprochen. Nunmehr reihen sie sich in die Politik von CDU und FDP ein. Langjährige Kritik an Aufrüstung, dem Einsatz von Waffensystemen wie »Killerdrohnen« wird von Koalitionsparteien ignoriert. Nach 1998 unter der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer tritt auch die nächste Regierung mit einem SPD-Kanzler und grünem Vizekanzler zuallererst mit einer Verschiebung der deutschen Politik in Richtung Militarisierung auf die Weltbühne. Damit wird eine militarisierte Politik Deutschlands festgeschrieben. Innenpolitisch werden finanzielle Mittel gebunden, die für Klima- und Sozialpolitik sowie den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur dringend gebraucht würden. Das NATO-Militärbudget umfasst 1,2 Billionen Dollar pro Jahr, also 60 Prozent der weltweiten (!) Militärausgaben. Die EU-Staaten geben viermal so viel für Rüstung aus wie Russland (Militärbudget von 62 Milliarden Dollar). Das genügt nicht, um Russland davon abzuhalten, NATO-Mitglieder anzugreifen? Dann schaffen auch 1,5 Billionen Dollar kein Mehr an Sicherheit. Frieden gibt es nur mit kontrollierter Abrüstung!

Hier geht es nicht um die Verteidigung, sondern um Absicherung von deutschen imperialistischen Interessen. Deutschland und die anderen EU-Staaten nutzen die Verunsicherung der Bevölkerung angesichts der russischen Aggression, um eine ungeheure Aufrüstung durchzusetzen. Um einen nachhaltigen Frieden zu schaffen, gibt es aber keine Alternative zur Abrüstung. Aufrüstung hingegen erhöht die Kriegswahrscheinlichkeit.

Die Bundeswehr ist nicht unterfinanziert! Milliarden Euro wurden in den vergangenen Jahren in unnützen Beraterverträgen und durch ein ineffizientes Beschaffungswesen versenkt. Mit der angekündigten Aufrüstung hätte Deutschland nach den USA und China den drittgrößten Militäretat. Wir wollen die Bundeswehr zuerst auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze beenden und sie in keine neuen entsenden. Der Rüstungsetat muss sinken.

Die politische Alternative ist: Investieren wir in Aufrüstung oder in Klimaschutz, Schulen und Kitas, in Pflege und den sozialgerechten Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft? Unsere Antwort ist klar: Wir wollen den Klimawandel bekämpfen und soziale Gerechtigkeit schaffen, statt in den Tod zu investieren. DIE LINKE ist Teil der gesellschaftlichen Bewegung gegen die neue Aufrüstung, für Frieden und Abrüstung und einen nachhaltigen Klimaschutz. Wir rufen auf, gemeinsam auf die Straße zu gehen und eine Protestbewegung gegen den Krieg Russlands gegen die Ukraine und gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung aufzubauen. Wir unterstützen den »Appell: Nein zum Krieg« und Mobilisierungen der Friedensbewegung gegen das 100-Milliarden-Euro-Rüstungspaket der Ampelkoalition. Wir stellen als LINKE in Deutschland den Kampf gegen die massive Aufrüstung der Bundeswehr, die nicht den Frieden sichert, sondern die Kriegsgefahr erhöht, ins Zentrum. Wir brauchen breite Bündnisse von Initiativen, Gewerkschaften, Bewegungen und Vereinen.

In den vergangenen Jahren sind Abrüstungsverträge insbesondere von den USA gekündigt oder gar nicht erst unterzeichnet worden – ein schweres Versäumnis. Die Atomwaffenmächte kommen ihrer Abrüstungsverpflichtung aus dem Nichtverbreitungsvertrag nicht nach. Die UN-Vollversammlung hat mit großer Mehrheit für einen Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) gestimmt, der Anfang 2021 in Kraft getreten ist. Mit der Unterzeichnung könnte die Bundesregierung eine positive Rolle in Europa übernehmen. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Vertrag endlich zu unterzeichnen sowie die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland zu beenden.

- Die Bundesregierung muss sich für eine Wiederauflage des Vertrags über die Abrüstung und Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in ganz Europa einsetzen.
- Die geplante Anschaffung von F35-Bombern ist nicht nur unverantwortlich teuer, sondern dient auch der sogenannten »nuklearen Teilhabe«. Das ist brandgefährlich und hat mit Landesverteidigung nichts zu tun. Die »nukleare Teilhabe« muss beendet und die US-amerikanischen Atomsprengköpfe müssen aus Deutschland abgezogen werden.
- Verhandlungen zwischen NATO und Russland über die Eliminierung taktischer Atomwaffen vom Atlantik bis zum Ural sind dringend geboten.

### **Für eine neue Friedensordnung**

In der medialen Debatte wird der Krieg oft als »Rückkehr des Krieges nach Europa« dargestellt. Dieses Bild ist falsch. DIE LINKE misst nicht mit zweierlei Maß, das bedeutet auch: Wir vergessen nicht, dass vor etwa 30 Jahren mit den Jugoslawienkriegen, vor 20 Jahren mit dem Angriffskrieg der NATO, unter deutscher Beteiligung, gegen Jugoslawien vor acht Jahren mit der Annexion der Krim das Völkerrecht gebrochen wurde.

Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte sind politische Errungenschaften, die auch von Generationen von Linken und Antifaschist\*innen hart erkämpft wurden. Wir verteidigen sie gegen autoritäre Tendenzen im Inneren wie gegen ihre Bedrohung von außen durch einen autoritären Kapitalismus à la Putin. Für Demokratieverachtung und die Verharmlosung von Diktaturen ist in unseren Reihen kein Platz. Wir wollen die Demokratie ausweiten und über ihre sozialen Beschränkungen im Neoliberalismus

hinausgehen, nicht dahinter zurück.

Die NATO kann nicht für sich beanspruchen »die Demokratie« zu vertreten. Sie ist ein Militärbündnis, das (geo-) strategische Fragen höher wertet als demokratische Werte – wie am Mitgliedstaat Türkei, dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die kurdischen Gebiete in Nordirak und den US-geführten Kriegen, zu sehen ist. Nach dem Ende des Kalten Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen und militärischen Macht und der NATO vielfach über Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt (etwa im Kosovo- oder Irakkrieg). Das stand im Fokus LINKER Kritik. Dabei wurden andere imperiale Kriege zu wenig beachtet, wie etwa die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht. In osteuropäischen Staaten sowie in Schweden und Finnland ist der Wunsch nach einer Mitgliedschaft in der NATO durch den russischen Angriffskrieg gewachsen, der Krieg hat so der NATO vermeintlich neue Legitimation verliehen. Allerdings haben NATO-Mitgliedsstaaten Kriege geführt, die zur weiteren Destabilisierung der internationalen Ordnung geführt haben, oft mit katastrophalen Folgen. Letztlich hat die geopolitische Ausrichtung der NATO das Denken in geopolitischen Einflusszonen und ein Wettrüsten insbesondere zwischen der NATO, Russland und China befördert. Diese Spirale der weltweiten Hochrüstung und des Einsatzes von Krieg als Mittel der Durchsetzung hegemonialer Interessen ist brandgefährlich. Der DGB hat zu Recht daran erinnert, dass Abrüstung und Entspannungspolitik gerade in Zeiten der Konfrontation überlebenswichtig sind:

»Vor vierzig Jahren, mitten im Kalten Krieg (zielte) der sogenannte »Palme-Bericht« (...) darauf ab, durch das entspannungspolitische Konzept der gemeinsamen Sicherheit zur Überwindung des Ost-West-Konflikts beizutragen (...): Der Frieden in der Welt muss sich auf ein Engagement für das gemeinsame Überleben statt auf die Drohung durch gegenseitige Auslösung gründen. Angesichts der drohenden Ausweitung des bewaffneten Konflikts in der Ukraine sehen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die internationale Staatengemeinschaft in der Verantwortung, sich zu besinnen: Niemand ist wirklich sicher, bevor es nicht alle sind. Militärische Machtdemonstrationen und die gegenseitige Androhung und Anwendung bewaffneter Gewalt münden in Tod und Elend. Was wir brauchen ist ein neues Verständnis von Sicherheit. Wir können die globalen Probleme von heute nur gemeinsam lösen. Dafür braucht es eine Politik der gesamteuropäischen Kooperation. Krieg ist keine Lösung!«

Wir halten daran fest, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf. Allerdings formuliert die UN-Charta Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff als legitime Ausnahme vom Gewaltverbot.

Dauerhaften Frieden in einer krisengeschüttelten Welt kann es nur mit Abrüstung und Deeskalation geben. Statt Wettrüsten braucht es stärkere Kooperation für neue Sicherheits- und Abrüstungsverträge und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Unser Ziel ist die Überwindung aller Militärbündnisse (wie NATO, OVKS, AUKUS im südpazifischen Raum) durch einen Prozess hin zu einer globalen Friedensordnung. Die multipolare Weltordnung mit ihren verschiedenen imperialen Machtzentren braucht eine neue Friedensordnung, die das Völkerrecht und die Organisationen des Völkerrechts in den Mittelpunkt stellt.

Wir setzen uns für ein demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa und eine solche EU ein. Den in den EU-Verträgen immer mehr verankerten Zwang zur militärischen Aufrüstung; die Entwicklung eigener militärischer Verbände und Strategien der EU und die wachsende Militarisierung der Außenpolitik der einzelnen EU-Mitglieder stellen wir uns entgegen.

- Rüstungsexporte und Waffenlieferungen lehnen wir vollständig ab, insbesondere in Krisen- und Kriegsgebiete. Wir wollen zivile Konfliktbearbeitung ausbauen. Die für den zivilen Friedensdienst zur Verfügung gestellten Mittel müssen systematisch erhöht werden. International bereits bewährte Instrumente, wie unbewaffnetes ziviles Peacekeeping, müssen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit stärker gefördert werden.
- Die Milliarden, die bisher für Kriege ausgegeben werden, wollen wir für Hilfe bei der Bewältigung internationaler Krisen und Katastrophen einsetzen. Ein wirksamer Katastrophenschutz benötigt ausgebildete Helfer\*innen, kein Militär: Ärzt\*innen, Techniker\*innen oder Wissenschaftler\*innen.
- DIE LINKE fordert die Wahrung politischer, sozialer und rechtlicher Standards für ethnische, sprachliche und religiöse Minderheiten.

### **Friedenspolitische Positionen weiterentwickeln**

Wir werden gemeinsam in einem breiten und demokratischen Diskussionsprozess in der Partei und mit Bündnispartner\*innen, Wissenschaftler\*innen und Zivilgesellschaft an einer Weiterentwicklung der friedenspolitischen Positionen der LINKEN arbeiten. Der friedenspolitische Gründungskonsens der LINKEN bleibt dabei erhalten. Wir wollen unter anderem Vorschläge zu folgenden Fragestellungen erarbeiten:

- Welche Art von allgemeinen und/oder gezielten Sanktionen sind in bestimmten Konstellationen sinnvoll und unterstützenswert?
- Welche Maßnahmen sind aus unserer Sicht sinnvoll, Ländern wie Moldawien oder Georgien, die real von einem aggressiven Nachbarn militärisch bedroht sind, auch ohne NATO tatsächliche Sicherheit zu bieten?
- Wie könnte ein System der kollektiven Sicherheit in einer multipolaren Welt aussehen und die ersten Schritte dahin? Was schlagen wir für die EU und ihre Mitgliedsstaaten vor? Soll die EU aus unserer Sicht eine Rolle bei der Sicherheitsarchitektur spielen?
- Welche linken Ansätze für eine Demokratisierung der Vereinten Nationen unterstützen wir?

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand und die Internationale Kommission des Parteivorstandes, diesen Diskussionsprozess zu organisieren und auf dieser Basis Optionen zu erarbeiten, die auf dem Bundesparteitag der LINKEN im Jahr 2023 zur Abstimmung gestellt werden.

Im Zentrum der internationalistischen Solidarität der LINKEN stehen der Mensch und die Würde des Menschen. DIE LINKE ist solidarisch mit allen Bewegungen, Organisationen, progressiven Parteien, Regierungen, Staaten und Klassenkämpfen von unten, die sich für Frieden, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, solidarische Wirtschaftsbeziehungen und gegen Imperialismus, Neokolonialismus, Armut und die Ausbeutung von Menschen und Natur einsetzen und versuchen in ihren Ländern Alternativen zum Kapitalismus zu entwickeln.

Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen. Eine neue Friedensordnung wird nur entstehen, wenn eine weltweite Bewegung für Frieden von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen macht. DIE LINKE und die Europäische Linke (EL) sind Teil dieser Bewegungen. Wir treten für ein Europa ein, dass nicht die Rüstungsspirale und Militarismus befeuert. Wir stehen auf der Seite der Demokratie- und Friedensbewegungen überall. Die Grenzen verlaufen für uns nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten. Menschenrechte sind unteilbar. Wir setzen auf gesellschaftliche Mobilisierung, eine aktive Zivilgesellschaft weltweit und auf eine globale Klassenpolitik für eine gerechte und friedliche Welt.

# WIE GEHT GERECHTIGKEIT? LINKE WEGE IN DIE ZUKUNFT.



**Save the Date: U35-Konferenz  
vom 24.-25. September • Jugend-  
herberge, Heusteige 40, 88400  
Biberach.**

*Informationen zum Programm und zur Anmeldung  
demnächst unter [www.die-linke-bw.de](http://www.die-linke-bw.de)*

**U35-KONFERENZ 2021 IN MANNHEIM**

